Interview mit Alvarez del Vayo Seite 4 und Seite 5

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten–Leninisten

Nr. 18 vom 4. Mai 1974 8. Jahrgang 50 Pfennig

Kein Pardon für Moskauer Spione!

Nieder mit den beiden Supermächten!

"Ich bin Offizier der DDR, was wollen Sie von mir", unverfroren versuchte Günther Guillaume, der sich als Agent der sowjetischen Sozialimperialisten 1970 in das Bundeskanzleramt eingeschlichen hatte, seine Spionagetätigkeit auch noch als Heldentat hinzustellen. Genauso unverfroren feierte ihn die Presse der Revisionisten in der DDR als einen "Helden im Dienst des Sozialismus".

Aber dieses Geschrei der Vasallen Moskaus in der DDR ist ein vergeblicher Versuch, diesen offensichtlichen Angriff der Sozialimperialisten gegen das deutsche Volk zu beschönigen. Denn genau wie in allen anderen Ländern der Welt, wo sowjetische Spione im Dienst des Hegemoniestrebens der sowjetischen Sozialimperialisten ihre Wühl- und Sabotagetätigkeit betreiben, wird auch die Entlarvung des Agenten Guillaume in Westdeutschland dazu beitragen, daß noch mehr Menschen erkennen, daß sich hinter der völkerfreundlichen, friedliebenden Maske der sowjetischen Sozialimperialisten das gleiche aggressive Gesicht eines imperialistischen Räubers verbirgt wie bei den US-Imperialisten mit ihrem berüchtigten CIA auch.

Seit die sowjetischen Sozialimperialisten den Kampf um die Vorherrschaft in der Welt gegen die US-Imperialisten aufgenommen haben, gehören Spionage und Agententätigkeit zu den Mitteln, mit denen sie in die Einflußgebiete des US-Imperialismus einzudringen versuchen. Allein aus den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sind in den letzten 10 Jahren über 40 Spionage treibende Angehörige von Botschaften usw. vertrieben worden. Daß diese Spione keine andere Aufgabe haben, als die Herrschaft des sowjetischen Militärstiefels vorzubereiten, zeigte sich besonders deutlich im Sudan, wo sowjetische Agenten einen Putschversuch inszenierten. Der aggressive Charakter dieser Spionage zeigte sich auch, als kürzlich in der Volksrepublik China ein sowjetischer Spionagehubschrauber mit Waffen an Bord dingfest gemacht werden konnte.

Keine andere Aufgabe als das weitere Eindringen des sowjetischen Sozialimperialismus in ein bisher unter dem Einfluß des US-Imperialismus stehendes Gebiet vorzubereiten, hatte auch der Agent Guillaume. Die langfristige und sorgfältige Absicherung seiner Spionagetätigkeit, zeigt die Bedeutung, die die sowjetischen Sozialimperialisten Westeuropa und besonders Westdeutschland beimessen. Das muß eine Warnung an das ganze deutsche Volk sein. Denn natürlich glauben die Sozialimperialisten nicht, mit einem oder auch mehreren Spionageringen "friedlich" ihre Macht in Westeuropa errichten zu können. "Friedlich" wie mit wirtschaftlichen und politischen Verträgen mit Bonn, treffen sie lediglich Vorbereitungen für den Entscheidungskampf. Der Schwerpunkt dieses Kampfes wird Westeuropa sein, wird vor allem Deutschland sein, auf dessen Boden heute die Truppen beider Supermächte stehen.

Die westdeutschen Imperialisten haben von Anfang an versucht, das Weltherrschaftsstreben der sowjetischen Sozialimperialisten, die wachsende Rivalität zwischen den beiden Supermächten für ihre Zwecke auszunutzen, um sich nach dem Prinzip: wenn zwei sich streiten, freut sich der dritte, einen neuen Platz an der Sonne zu ergattern. Wenn sie jetzt genauso beflissen wie die sowjetischen Sozialimperialisten und ihre Vasallen in der DDR darauf bedacht sind, Guillaume als einen Agenten der DDR hinzustellen, dann ist das verständlich. Denn zuzugeben, daß ein Spion der sowjetischen Sozialimperialisten ihre geheimsten Pläne kannte, hieße schließlich die ganze aufgeplusterte Selbstherrlichkeit, mit der die westdeutschen Imperialisten bei ihrer Ostpolitik gegenüber dem deutschen Volk auftraten, aufgeben.

Die sowjetischen Sozialimperialisten haben genau gewußt, welche Vorteile die westdeutschen Imperialisten glaubten, bei diesen Verträgen für sich herausschlagen zu können, aber der Gewinn, den sie dabei bei ihren Plänen um die Vorherrschaft in Westeuropa erlangen konnten, war größer. Deshalb sind diese Verträge abgeschlossen worden. Das ist jetzt nicht mehr abzuleugnen.

Und wenn es ihnen nicht in ihren imperialistischen Schacher mit den sowjetischen Sozialimperialisten paßt, wird es auch keine Bestrafung Guillaumes geben. Bis jetzt hat die Bonner Regierung noch nicht einmal offiziell gegen die Spionagetätigkeit Moskaus protestiert.

Aber die Supermächte brauchen sich keinen Illusionen hinzugeben. Das deutsche Volk wird nicht zulassen, daß Westeuropa und damit auch unsere Heimat erneut zu einem Schauplatz imperialistischer Kriege wird. Um diesen Krieg zu verhindern, gibt es nur einen Weg: die sozialistische Revolution in beiden Teilen Deutschlands, die Vertreibung der Besatzertruppen aus ganz Deutschland.

FÜR EIN VEREINTES, UNABHÄNGIGES, SOZIALISTISCHES DEUTSCHLAND!

8. Mai 1945 - Sieg über den Hitler-Faschismus!



Am 8. Mai 1945 wurde der Hitlerfaschismus endgültig geschlagen. Die Rote Armee war bei der Verfolgung des Feindes bis nach Berlin gelangt und hatte die Kriegsmaschine des Hitlerfaschismus restlos zerschlagen. Der große entscheidende Sieg im Antifaschistischen Krieg war errungen worden. Der 8. Mai aber war auch ein Triumph des deutschen Volkes, der Völker Europas und der ganzen Welt in ihrem gemeinsamen Kampf gegen die faschistische Aggression. Die Tradition dieses Kampfes hat unser Volk bewahrt und auch heute führen seine besten Kräfte den Kampf gegen Faschismus und Krieg.

Aus dem siegreichen Kampf gegen den Hitlerfaschismus ist die sozialistische Sowjetunion Stalins nicht hinwegzudenken. Fallen auch die modernen Revisionisten mit Dreckschleudern über Stalin her, weil er die Fahne der sozialistischen Gesellschaftsordnung hochgehalten und vorangeführt hat, so können sie mit ihren Lügen den Ruhm Stalins im Antifaschistischen Krieg nicht schmälern.

Es waren weder die französischen noch die britischen Imperialisten, die das Ziel hatten, dem Hitlerfaschismus ein Ende zu machen. Ihnen ging es lediglich um die Aufteilung der imperialistischen Machtbereiche. Sie waren niemals erbitterte Kämpfer gegen den Hitlerfaschismus, sondern sie waren es, die die Völker Europas in München an den Hitlerfaschismus verraten hatten. Sie hatten gehofft, den Hitlerfaschismus auf die Sowjetunion lenken zu können, um so Ruhe vor dem gefährlichen deutschen Konkurrenten zu haben und die Sowjetunion; die Hoffnung der Proletarier aller Länder, am Boden zerstört zu sehen.

Aber sie, die Konkurrenten des deutschen Imperialismus, waren es, die als erste vor dem Hitlerfaschismus am Boden lagen. Die Sowjetunion Stalins, die sich dem faschistischen Aggressor mit aller Macht in den Weg stellte, war die Hoffnung der Proletarier aller Länder.

Unter Stalins Führung analysierte die KPdSU die Lage des internationalen Klassenkampfes, deckte den Hauptwiderspruch im Weltmaßstab auf und zeigte, daß der Hitlerfaschismus der Hauptfeind der Völker der Welt war. Diese Einschätzung teilten alle an der Seite der KPdSU stehenden, in der Kommunistischen Internationale organisierten kommunistischen Parteien. **Auf dieser Grundlage wurde die Front der Völker gegen den Hitlerfaschismus geschmiedet, in der die sozialistische Sowjetunion und das internationale Proletariat die stärkste Kraft waren. Auf dieser Grundlage gelang es, die Widersprüche zwischen den Imperialisten auszunutzen, um den deutschen Imperialismus zu isolieren. So war aus dem imperialistischen Weltkrieg der gerechte Krieg der Völker gegen den Faschismus geworden. Das war ein entscheidender Schritt für den Sieg über den Hitlerfaschismus**

Der Sieg über den Hitlerfaschismus war auch ein Triumph des deutschen Volkes. Von Anfang an haben die Werktätigen Massen gegen den Faschismus unter Führung der Kommunistischen Partei gekämpft. Tatsache ist, daß viele der besten unseres Volkes im Kampf gegen Hitlerbanditen geopfert wurden, zehntausende auf grauenvollste Weise von den Faschisten ermordet wurden.

Fortsetzung auf Seite 6

PIERBURG/NEUSS: 25 000 DM für revisionistischen Spitzel!

Bei Pierburg (Düsseldorf-Neuß) wurden 3 Betriebsräte und 1 Dolmetscher entlassen, weil sie angeblich in enger Zusammenarbeit mit der KPD/ML und der Organisation griechischer Marxisten-Leninisten den spontanen Streik im August initiiert haben sollen. Grundlage der Entlassungsbegründung ist die Aussage eines revisionistischen Spitzels der 'K'PG (Moskau-Linie), der für seine Aussage von den Pierburg-Kapitalisten mit 25.000 DM honoriert wurde.

Fortsetzung auf Seite 3

Reform des Paragraphen 218:

EIN HOHN AUF DIE FORDERUNGEN DER FRAUEN

Der Bundestag hat die sogenannte Reform des § 218 verabschiedet. Das beschlossene "Fristenmodell" sieht vor, daß die Schwangerschaftsunterbrechung in den ersten drei Monaten straffrei bleiben soll, wenn die Abtreibung von einem Arzt vorgenommen wird und wenn die "schwangere Frau zuvor durch einen Arzt oder eine anerkannte Beratungsstelle über die zur Verfügung stehenden öffentlichen oder privaten Hilfen für Schwangere, Mütter und Kinder unterrichtet worden ist, insbesondere von solchen Hilfen, die die Fortsetzung der Schwangerschaft und die Lage von Mutter und Kind erleichtern".

In dem zitierten Zusatz kommt bereits der Zynismus und die ungeheure Heuchelei dieser "Reform" zum Ausdruck. Wer hat denn die Frauen, die keine Möglichkeit sahen, ihr Kind zur Welt zu bringen, die eine vom Arzt vorgenommene, medizinisch einwandfreie Schwangerschaftsunterbrechung – wie sie für die Damen der Bourgeoisie trotz § 218 immer selbstverständlich war – nicht bezahlen konnten, in die Hände von Kurpfuschern und Engelmacherinnen getrieben?

Wie steht es denn mit den angepriesenen "Hilfen für Schwangere, Mütter und Kinder"? Tatsache ist, daß zwischen 2% und 3% der Säuglinge im 1. Lebensjahr sterben, daß damit die Säuglingssterblichkeit in der Bundesrepublik selbst im Vergleich zu anderen kapitalistischen Ländern sehr hoch ist, daß die Säuglingssterblichkeit in der Bundesrepublik weiter ansteigt. Tatsache ist, daß dieser Staat unverheirateten Müttern als "Hilfe" ein entwürdigendes Außenseiterdasein in sogenannten "Heimen für ledige Mütter" bietet. Tatsache ist, daß ein Krippenplatz für ein Kleinkind noch schwerer zu finden ist als ein Kindergartenplatz für ein größeres Kind.

Bundeskanzler Brandt und andere Abgeordnete redeten viel vom notwendigen "Schutz des Lebens". Zu so einer unverschämten Demagogie schwingen sich die Vertreter des imperialistischen Staates auf, dessen Funktion darin besteht, die Ausbeuterordnung aufrechtzuerhalten, in der bei sogenannten Arbeitsunfällen Antreiberei und Akkordhetze alle zwei Stunden den Tod eines Arbeiters verursachen. Für den Profit gehen die Kapitalisten und die Vertreter des kapitalistischen Staatsapparates über Leichen. Das beweisen die Toten zweier Weltkriege, das beweisen die "Unfalltoten" in Verkehr und Betrieb. Und wie steht es mit dem "Schutz des Lebens", wenn dieser Staat das Leben politischer Gefangener durch Isolierhaftfolter systematisch zerstört. Der menschenfeindliche Imperialismus, der stets mit Faschismus und Krieg schwanger geht, ist der größte Feind des menschlichen Lebens, genauer gesagt des Lebens der werktätigen Massen.

Daß ausgerechnet dieser imperialistische Staat sich in dieser Frage auch weiterhin zum "Hüter der Moral" aufschwingt, ist nicht nur eine Provokation der werktätigen Frauen, sondern der gesamten Arbeiterklasse. "Weg mit der Fristenlösung – ersatzlose Streichung des § 218!" das muß auch weiterhin die Forderung der gesamten Arbeiterklasse sein. Gemeinsam müssen die werktätigen Frauen und Männer gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung im allgemeinen und gegen die besondere Ausbeutung und Unterdrückung der Frau im Kapitalismus kämpfen.

Denn der Weg der Befreiung der Frau ist untrennbar mit der Befreiung der gesamten Arbeiterklasse verbunden. Genossin Hsü Guang, stellvertretende Vorsitzende des Frauenverbandes der Stadt Peking, hat das in einem Artikel der Peking Rundschau vom 12.3.74 so formuliert: "Will man die werktätigen Frauen völlig gleichberechtigt machen, muß man durch die Revolution das System des Privateigentums und die Ausbeuterklassen beseitigen. Deshalb lastet die große Aufgabe der völligen Befreiung der Frau unvermeidlich auf den Schultern des Proletariats, dessen historische Mission die Beseitigung des Privateigentums und der Klassenausbeutung ist. Daher muß die Befreiung der Frau als ein Bestandteil der proletarischen Revolution gesehen werden."



Seite an Seite mit dem Mann erkämpften die chinesischen Arbeiter – und Bauernfrauen den Sozialismus

Neue Militärjunta in Portugal:

Nur ein Auswechseln der Tyrannen

Jubelnde Menschen in den Straßen Lissabons; Solidaritätsdemonstrationen mit der neuen Militärjunta – mit solchen Bildern versucht die Bourgeoisie in allen Ländern, Illusionen über die neuen Machthaber in Portugal zu verbreiten. "Liberalisierung, Freiheit für alle politischen Gefangenen, freie Wahlen, Schluß mit dem Krieg in Afrika" – mit solche Parolen versuchen die Generale, die am 25. April putschten, die Bevölkerung auf ihre Seite zu ziehen. Doch das, was diese Herren als "Demokratische Revolution" verkaufen wollen, ist in Wirklichkeit nur ein Auswechseln der Tyrannen. Hier hat nicht eine nationale Bourgeoisie die Macht übernommen – vom antiimperialistischen und antifaschistischen Kampf war nie die Rede – sondern die US-Imperialisten wechselten ihre Marionetten aus, ließen die abgewirtschaftete Caetano-Clique fallen, die den Freiheitskampf der Völker in Portugal, Angola und Mocambique nicht länger niederhalten konnte. Der Putsch General Spinolas wurde von der amerikanischen Regierung und den NATO-Staaten begrüßt.

Seit mehr als 50 Jahren blutet das portugiesische Volk unter der Knute des Faschismus. Im letzten Jahr wuchs der antifaschistische Kampf immer mehr an. Am 9. April erst jagten portugiesische Patrioten vor der Küste Protugals ein Schiff in die Luft, das Waffen für die Besatzertruppen nach Afrika bringen sollte.

Um diese Kämpfe abzufangen, haben die US-Imperialisten und die einheimischen portugiesischen Reaktionäre eine "Demokratisierung von oben" verordnet. Sie tarnen sich mit Freiheitsparolen, um den Haß des portugiesischen Volkes auf Faschismus und Imperialismus einzuschläfern, versprechen Reformen, weil die Wut des Volkes anders nicht länger zu bändigen ist. Es ist durchaus möglich, daß die Militärjunta einige Reformen durchführen wird – doch damit wäre die Diktatur der US-Imperialisten und ihrer einheimischen Lakaien über das Volk keineswegs zuende. Schon die ersten Tage nach der Machtergreifung der Junta haben das gezeigt: Die Caetano-Verbrecher wurden zwar verbannt, aber von General Spinola mit militärischen Ehren verabschiedet. Die verhaßte Geheimpolizei wurde zwar offiziell aufgelöst, doch Soldaten der Junta schützten diese Verbrecher vor der berechtigten Wut des Volkes. "Freiheit für politische Gefangene" kündigte die Junta an – und will 250 Häftlinge entlassen. Tausende werden eingekerkert bleiben.

Auch aus Afrika werden die US-Imperialisten und ihre portugiesischen Handlanger sich nicht freiwillig zurückziehen. Schon vor Monaten hatte General Spinola in seinem Buch "Portugal und die Zukunft" festgestellt: Der Krieg in Afrika ist militärisch nicht zu gewinnen – wenn Portugal seinen imperialistischen Einfluß in Angola Mocambique und Guinea-Bissao aufrecht erhalten will, dann muß es den alten Kolonialismus ersetzen durch den "modernen" Kolonialismus. Genau das hat die Junta vor. "Es ist noch nicht an der Zeit, mit den Afrikanern zu verhandeln", erklärte Spinola schon jetzt. Die Geheimpolizei, die in Portugal aufgelöst wurde, bleibt in den portugiesischen Kolonien auch weiterhin an der Macht. An den Händen aller Junta-Mitglieder klebt das Blut tausender ermordeter Patrioten aus Afrika: General Spinola war Oberbefehlshaber der Besatzertruppen in Guinea-Bissao, General Neto ist Chef der Luftstreitkräfte in Mocambique.

Doch die Völker Afrikas lassen sich von Spinolas Friedensgeschwätz nicht Sand in die Augen streuen: Die Befreiungsbewegung in Guinea-Bissao, die den Kampf nach der Unabhängigkeitserklärung des Landes weiterführte bis zur entgültigen Vertreibung der Besatzer, hat den Militärputsch zwar begrüßt, als Zeichen der Schwäche des Feindes, die Partisanen jedoch gleichzeitig aufgerufen, den Kampf zu verstärken, um das Ende der imperialistischen Herrschaft zu beschleunigen. Auch in Portugal selbst wird das Volk weiterkämpfen – bis zur entgültigen Befreiung!

Brandt in Nahost:

Ein falscher Freund der arabischen Völker

Als die Delegation der westdeutschen Imperialisten mit Kanzler Brandt an der Spitze Sinai betrat, stellte Sonderminister Bahr fest: Das ist kein erobertes, sondern befreites ägyptisches Land. Und Brandt erklärte während seines Besuches sogar die Bereitschaft, für eine Nahost-Friedenslösung politische Garantien zu übernehmen. Selbst militärische Garantien wurden nicht ausgeschlossen.

Waren das Freunde der arabischen Völker, die da zu Besuch nach Ägypten kamen?

Den freundlichen Ton der westdeutschen Imperialisten entlarven die Tatsachen: Als Brandt erobertes Kriegsmaterial der Zionisten vorgeführt wurde, stand er auch Waffen aus der Bundesrepublik gegenüber.

Mit Lüge und Betrug versuchen sich die westdeutschen Imperialisten im Nahen Osten als Freunde der arabischen Völker einzuschleichen. Sie, die die Zionisten mit ausrüsten halfen, damit sie die arabischen Länder überfallen können, die vor kurzem noch auf der Washingtoner "Energiekonferenz" hinter den US-Imperialisten standen, um eine weltweite Front des Imperialismus gegen die ölproduzierenden Länder zu schaffen. Sie stellen sich heute in Ägypten hin und reden von Garantien für eine "Friedenslösung", die sie übernehmen wollen.

Für welchen Frieden? Werden sie bereit sein, die arabischen Völker in ihrem Kampf gegen die Supermächte zu unterstützen? Werden sie helfen, die Vorherrschaft der beiden Supermächte im Nahen Osten endgültig zu brechen? Werden sie die Zionisten von arabischem Boden vertreiben helfen?

Gewiß nicht! Es ist kein Zufall, daß aus Washington Zustimmung und Lob für den Besuch der westdeutschen Imperialisten im Nahen Osten erklang. Wofür die westdeutschen Imperialisten bereit sind, Garantien in politischer und militärischer Hinsicht zu übernehmen, ist nichts anderes als der "Friedensplan" der beiden Supermächte, die Situation "weder Krieg noch Frieden", wie sie jetzt besteht, aufrechtzuerhalten, um die Besetzung arabischer Gebiete durch die Zionisten zu zementieren.

Die westdeutschen Imperialisten und ihre Garantien haben nicht zum Ziel, die arabischen Völker in ihrem Befreiungskampf zu unterstützen, sondern die Vorherrschaft der beiden Supermächte im Nahen Osten, insbesondere den Einfluß des US-Imperialismus zu stützen.

Doch die Reise Brandts in den Nahen Osten dient nicht nur den amerikanischen Oberherren, sondern geschieht auch im Dienste der westdeutschen imperialistischen Interessen. Was Kanzler Brandt in Kairo als Wiederaufbauprogramm für Ägypten präsentierte, liest sich im "Handelsblatt" im Klartext: "Das Ausmaß der geplanten Infrastruktur- und Industrieinvestitionen der Erdölländer könnte diese schon in einigen Jahren zu den bedeutendsten und für das Ausland interessantesten Entwicklungsregionen der Welt machen." Der Kampf der Imperialisten geht um 35 bis 40 Mrd., die nach Schätzungen der Imperialisten die Ölländer 1974 für den Aufbau ihrer Wirtschaft anlegen werden. Bereits jetzt ist ein heftiger Konkurrenzkampf zwischen den USA, den europäischen Imperialisten und den japanischen Imperialisten entbrannt, um dieses Geld nach Hause tragen zu können und darüberhinaus entsprechenden Einfluß auf die Wirtschaft der Ölländer zu gewinnen. Und so dient das Wiederaufbauprogramm, das die westdeutschen Imperialisten in Kairo abzuschließen wünschen, ihnen eben dazu, sich einen möglichst großen Brocken herauszuholen. Wie die FAZ feststellt: "Die Mühe, die für die Pflege der deutsch-ägyptischen Beziehungen künftig aufgewandt werden soll, wird sich auch für die Bundesrepublik lohnen."

Die westdeutschen Imperialisten meinen ihre "Freundschafts"-angebote so wenig ernst, wie die beiden Supermächte selbst. Sie alle hoffen, im Gewand des Freundes das zu erreichen, was sie in der offenen Konfrontation im Oktoberkrieg nicht haben schaffen können: die arabischen Völker in ihrem Befreiungskampf zu schwächen, ihre Einheit zu spalten und ihren Kampf zum Stillstand zu bringen.

Haben die arabischen Völker bereits die sowjetischen Sozialimperialisten als falsche Freunde enttarnt, so werden sie auch den anderen Imperialisten, allen voran dem USA-Imperialismus die Maske vom Gesicht reißen und solange den Kampf gegen sie führen, bis die Unabhängigkeit und Freiheit der arabischen Völker erkämpft ist.

ROTER MORGEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. PSchKto Dortmund Nr. 417 06 – 466 (Verlag G. Schubert), Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393. Tel.: 0231 / 41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Dieter Stoll, Dortmund. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 25,– DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung auf eines unser obenstehenden Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Fortsetzung von Seite 1

25 000 DM für revisionistischen Spitzel!

Pierburg im August 1973: die ausländischen und deutschen Arbeiter sind nicht länger bereit, verschärfte Arbeitshetze und Lohnraub ruhig hinzunehmen. Sie treten in den Streik. Von Anfang an ist dieser Streik gekennzeichnet durch große Geschlossenheit und Militanz. Polizeiknüppel, die brutal gegen streikende Arbeiterinnen eingesetzt werden. Polizisten mit vorgehaltener Pistole können den Kampfesmut nicht brechen. Im Gegenteil: sie schüren noch mehr den Haß, die Kampffront schließt sich noch enger zusammen. Der Streik, der unversöhnlich gegen die Pierburg-Kapitalisten, gegen alle Drohungen, Hetze und Erstickungsversuche des IG Metall-Apparats, gegen die Abwiegelei verräterischer Betriebsräte und der modernen Revisionisten vom Schlage der D'K'P und gegen den staatlichen Terror geführt wurde, dieser Streik wurde zu einem großen Sieg.



Nach dem letzten Metall-Abschluß erklärten die Pierburg-Kapitalisten, die 11% würden nicht voll gezahlt, sondern mit dem im August Erkämpften verrechnet. Der Vertrauensleutekörper verteilt ein Flugblatt. Im Betrieb flammt die Kampfentschlossenheit wieder auf. Da stecken die Pierburg-Kapitalisten, denen der August noch in den Knochen steckt, zurück. Sie erklären sich bereit, die 11% voll zu zahlen. Der Betriebsrat gibt daraufhin eine Information in mehreren Sprachen heraus, um die Belegschaft davon zu unterrichten.

Die griechische Übersetzung besorgte ein gewisser Satolias, Mitglied des Betriebsrats und **Funktionär der revisionistischen "Kommunistischen" Partei Griechenlands (Moskau-Linie).** In der Übersetzung stand das genaue Gegenteil des Inhaltes der Betriebsratsinformation: die Pierburg-Kapitalisten wollten die 11% nach wie vor nicht zahlen.

Daraufhin kündigten die Pierburg-Kapitalisten Satolias. Satolias behauptete, obwohl er gut deutsch spricht, der Übersetzungsfehler beruhe auf "mangelnde Sprachkenntnis'. Er erhob Klage vor dem Arbeitsgericht auf Wiedereinstellung. Bei der Arbeitsgerichtsverhandlung fungierte ein bekannter griechischer Faschist als Dolmetscher. Außerdem waren mit ziemlicher Sicherheit Vertreter des griechischen Konsulats zugegen.

Die Verhandlung nahm einen zunächst verblüffenden Ausgang: Satolias, der als Arbeiter eingestellt worden war, bekam von den Pierburg-Kapitalisten 25.000 DM als Abfindung und zog die Klage zurück. Außerdem bekam seine Frau noch einen ansehnlichen Betrag zugesteckt: es wird von 15.000 DM gemunkelt.

Satolias reiste umgehend nach Griechenland und lieferte bei dem deutschen Botschafter in Athen einen 25-seitigen, fingierten Bericht über den Verlauf des Auguststreiks bei Pierburg ab. Kernpunkt dieses Berichtes ist die absurde Behauptung, der Kampf der Pierburg-Kollegen sei in Wirklichkeit eine reine Inszenierung des Betriebsrates. Der Betriebsratsvorsitzende soll in engem Kontakt mit der Organisation griechischer Marxisten-Leninisten gestanden haben. Der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende soll in enger Verbindung zur KPD/ML stehen. Ihm soll von der Partei ein Megaphon für die Streiktage zur Verfügung gestellt worden sein. Vertreter der Partei sollen mit ihm nach Lippstadt gefahren sein, um in den Streik der Hella-Kollegen einzugreifen und Erfahrungen zu sammeln. Aufgrund dieser Behauptungen wurden 3 Betriebsräte und 1 Dolmetscher entlassen. **Diese Behauptungen sind völlig aus der Luft gegriffen. Richtig ist allerdings, daß unsere Partei wie die griechischen Marxisten-Leninisten fest an der Seite der Kollegen gestanden haben.**

Als die Klage der Pierburg-Kapitalisten gegen die entlassenen Betriebsräte vor dem Arbeitsgericht in Duisburg verhandelt werden soll, läßt Satolias erklären, er könne nicht nach Deutschland reisen, weil er hier um sein Leben fürchten müsse. Die Pierburg-Rechtsanwälte zeigen sich sichtlich beunruhigt über die Zahl der erschienenen Zuschauer und erklärten, daß käme daher, weil die KPD/ML aufgerufen habe, zur Verhandlung zu erscheinen. Die Pierburg-Kapitalisten lassen zwei Betriebsräte eines Betriebes aus der Umgebung, zu dem Pierburg gute Beziehungen unterhält, als Zeugen vorladen, die bezeugen sollen, daß die Betriebsräte auch hier zum Streik "aufwiegeln" wollten. Diese Verräter bekunden allerdings nur, die Betriebsräte hätten "kommunistische Parolen" propagiert. Die Verhandlung wurde bis zum Juni vertagt.

Die Manöver der Pierburg-Kapitalisten zeigen, daß ihnen der revolutionäre Kampf der Kollegen einen großen Schock versetzt hat. Sie zeigen ihre panische Angst vor dem wachsenden Einfluß des Kommunismus. Und die Vorgänge bei Pierburg zeigen, daß der moderne Revisionismus als Agentur der Kapitalistenklasse in der Arbeiterbewegung schonungslos bekämpft werden muß. Die Antwort auf die Manöver der Pierburg-Kapitalisten in Zusammenarbeit mit den modernen Revisionisten kann nur heißen: Vorwärts auf dem Weg des August, vorwärts im revolutionären Klassenkampf.

Krone Westberlin

Revisionist fordert Reverspolitik

Die Leitung des Vertrauensleutekörpers bei der Krone GmbH in Westberlin, an deren Spitze der 'S'EW-Revisionist Kroessen steht, hat beantragt, daß **alle** Mitglieder der IG Metall eine Erklärung unterschreiben müssen, daß sie nicht Mitglied einer Organisation sind, die – wie die KPD/ML – unter die "Unvereinbarkeitsbeschlüsse" des IGM-Beirats fallen. Was diese Herren fürchten, liegt auf der Hand: "Wir sind nicht bereit, uns von Angehörigen oder Sympathisanten dieser Gruppen unterlaufen zu lassen."

Die DGB-Bonzen und die modernen Revisionisten von der D'K'P/'S'EW fürchten, daß immer mehr Kollegen den Charakter des DGB-Apparats als Unterdrückungsinstrument der Kapitalisten erkennen, daß er schonungslos bekämpft und daß die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition aufgebaut werden muß.

Klipp und klar sagen die Revisionisten, daß bei den anstehenden Wahlen auf verschiedenen Organisationsebenen der IGM nur eine weitere Steigerung des Ausschlußterrors verhindern kann, daß klassenkämpferische, revolutionäre Kollegen, also Feinde des DGB-Apparats gewählt werden.

Diese Politik ist nicht neu. Bereits Anfang der 50-ger Jahre mußten in verschiedenen DGB-Gewerkschaften alle Mitglieder eine Erklärung unterschreiben, daß sie nicht Mitglied der KPD sind. Damit sollte der Starke Einfluß der KPD unter den Mitgliedermassen gebrochen werden.

Wenn heute Leute, die sich selbst Kommunisten nennen, einen solchen Antrag stellen, dann ist das nur ein weiterer Beweis dafür, daß die modernen Revisionisten mit der kommunistischen Idee alle Interessen der Arbeiterklasse verraten haben, daß sie voll und ganz im Lager des Kapitals stehen, daß sie eine Agentur der Kapitalisten in der Arbeiterbewegung sind.

Wenn der DGB-Apparat heute wieder zu dieser Politik greifen muß, dann ist das nur ein weiteres Zeichen seines unaufhaltsamen Bankrotts. Der revolutionäre Drang der Arbeiterklasse zum Sozialismus läßt sich nicht unterdrücken. **Er wird über die DGB-Bonzen hinwegstürmen und den von ihnen kontrollierten Apparat zerschlagen.**



Eine Reihe von Korrespondenzen über Belegschafts- oder Betriebsversammlungen zeigt, daß die Opposition gegen den imperialistischen DGB-Apparat immer breiter wird und daß der Einfluß der KPD/ML in den Betrieben wächst.

HELLA/RECKLINGHAUSEN

Der Betriebsratsvorsitzende begann seine Rede gleich mit wütenden Angriffen auf die KPD/ML und die Rote Fanfare, die Betriebszeitung der Roten Garde. Aber er erhielt so gut wie keinen Beifall. Im Gegenteil: insgesamt 9 Kollegen gingen nach vorn, und griffen ihn als Handlanger der Kapitalisten an. Eine Kollegin entlarvte das Geschwätz ("sorgfältig geprüft und erwogen", "Bummelanten", "Säufer" usw.), mit dem der Entlassungsterror bei Hella verschleiert werden soll. Sie verlas das Entlassungsschreiben einer Kollegin, die allein wegen ihrer Erkrankungen (Fehlzeiten) gefeuert worden war.

Die Herren vom Betriebsrat waren der offensichtlichen Lüge überführt. **Die Genossen schreiben in ihrem Bericht: "Es ist sicher ein Erfolg unseres Kampfes, daß jetzt so viele Kollegen den Mut gefunden haben, sich der Ausbeuterclique entgegenzustellen."**

ZECHE "GENERAL BLUMENTHAL" /RECKLINGHAUSEN

Als besonderes Ziel hatte sich die Betriebszelle vorgenommen, den Mitbestimmungsbetrug zu entlarven. Vor der Belegschaftsversammlung verteilten die Genossen das RM-Extrablatt zur Mitbestimmung. Auf der Belegschaftsversammlung selbst lieferte Personaldirektor Strebner (IG Bergbau und Energie) ein anschauliches Beispiel dafür, was in Wirklichkeit hinter dem Mitbestimmungsgerede steckt. Er drohte an, daß die in diesem Jahr etwas günstigere Urlaubsregelung wieder abgeschafft würde, wenn "wieder so viele Kumpels im Sommer einen Krankenschein nähmen, die in Wirklichkeit gar nicht krank seien." Die Kumpels pfiffen: "Runter mit dem! Weg mit dem Hund!" Damit war die Diskussion gut vorbereitet. Die Genossen griffen jetzt die verschiedenen "Freunde der Bergleute" frontal an. Klar wurde die Rolle des imperialistischen IGBE-Apparates aufgezeigt. Wie geplant, wurde besonders auf die sogenannte Mitbestimmung eingegangen. Ein Genosse verlas den Abschnitt aus dem RM-Extrablatt in dem nachgewiesen wird, wie die Montanmitbestimmung vom DGB selber als Nachweis gebracht wird, daß die Leistung ansteigt, daß im Bergbau die Ausbeutung überdurchschnittlich verschärft worden ist. Der anwesende Recklinghausener Oberbürgermeister Wolfram und der Betriebsratsvorsitzende Brandau versuchten verzweifelt, die KPD/ML als "kleine Minderheit" auf dem Pütt abzustempeln, aber damit konnten sie nicht landen. Die Kumpels hatten gesehen, daß nur die KPD/ML den Zechenherren und Bonzen offensiv entgegentritt. Die Genossen schreiben: **"Noch ist der Betrieb nicht "unsere Burg" aber das offensive Auftreten auf der Belegschaftsversammlung bringt uns auf diesen Weg einen Schritt weiter."**

MANNESMANN RÖHRENWERKE/ DÜSSELDORF

Wenige Tage vor der Belegschaftsversammlung waren der italienische und der jugoslawische Dolmetscher entlassen worden. Mit drei Gegenstimmen hatte der Betriebsrat den Entlassungen zugestimmt. Der Betriebsrat hetzte gegen den Roten Schraubstock, die Betriebszeitung der Roten Garde. Besonders richteten sich seine Angriffe auf den klassenkämpferischen Jugendvertreter Uwe B. In seiner kämpferischen Rede entlarvte Uwe den Verrat des Betriebsrats und stellte klar, daß die deutschen und die ausländischen Arbeiter eine Kampffront sind, daß die Entlassungen der Dolmetscher ein Versuch ist, diese Kampffront zu spalten.

Nach seiner Rede formierte sich ein geschlossener Protestzug ausländischer Kollegen und marschierte nach vorn. Ein italienischer Kollege hielt in seiner Muttersprache eine Rede, die immer wieder von den Forderungen der Kollegen nach sofortiger Wiedereinstellung der Dolmetscher unterbrochen wurde. Damit hatten die reaktionären Betriebsräte mit Christiansen an der Spitze nicht gerechnet. In seiner Schlußrede hetzte Christiansen vor allem gegen die KPD/ML. Offen erklärte Christiansen, daß der Jugendvertreter Uwe aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden müsse. **Aber die Genossen berichten, daß immer mehr Kollegen erkennen, daß der imperialistische DGB-Apparat bekämpft werden, der Kampf in die eigenen Hände genommen werden muß, daß der Ausweg aus Ausbeutung und Unterdrückung Sozialismus heißt.**

MANNESMANN RÖHRENWERKE/MÜHLHEIM

Auf der Belegschaftsversammlung hielt der Genosse F. Brademann, Arbeiter an der Rohrstraße eine Rede, in der er auf die berüchtigte Kontischicht einging, nach der die Kollegen auch am Wochenende dreischichtig arbeiten müssen, dafür zwar in der Woche frei haben, was allerdings heißt, daß die anderen Kollegen dann entsprechend mehr Tonnen bringen müssen. Der Genosse ging darauf ein, daß diese Schicht das ganze Familienleben zerstört, Dann kam er zum Kern der Sache. **Die Kontischicht ist eine Methode der verschärften Ausbeutung der Arbeiter.** Die IGM-Bonzen haben ihr zugestimmt, der IGM-Apparat hat jeden Kampf dagegen abgewürgt. **Der IGM-Apparat ist ein Unterdrückungsinstrument der Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse.** Der Genosse entlarvte die D'K'P-Revisionisten, die den Kampf der Arbeiterklasse in die Sackgasse des Reformismus und der "Klassenversöhnung" führen wollen.

Der Genosse sagte klar, daß der Kampf gegen die Ausbeutung nur den Sturz des Kapitalismus, den Sozialismus zum Ziel haben kann. Direktor Steinhauen und seine Handlanger mit dem Betriebsratsvorsitzenden Euler (Aufsichtsratsmitglied und Stadtrat) an der Spitze waren schwer getroffen. Die Kollegen aber horchten auf, denn solche Töne waren seit 1955 im Werk nicht mehr angeschlagen worden. Betriebsräte versuchten den Genossen am Weiterreden zu hindern, aber mit der Zustimmung der Kollegen setzte er seine Rede fort, in der er noch einmal den Charakter der D'K'P als Agentur der Kapitalistenklasse in der Arbeiterbewegung erläuterte.

Am nächsten Tag im Werk überall Diskussionstrauben, die Kollegen sprachen über die KPD/ML und den Sozialismus. Gestützt auf den IGM-Apparat setzte die Werksleitung noch in der Frühschicht am nächsten Morgen die Entlassung des Genossen durch. Personalleiter, Betriebsräte, Vorarbeiter und Werksschutz hinderten den Genossen zu Beginn der Mittagsschicht am Betreten des Werkes, er erhielt unter Polizeiandrohung Werksverbot. **Die Genossen berichten, daß im Betrieb eine große Unruhe entstanden ist. Über 50 Kollegen haben mit ihrer Unterschrift gegen die Entlassung des Kollegen Brademann protestiert.**

Interview mit dem Aussenminister und Generalkriegskommissar der 2. spanischen Republik, Julio Alvarez del Vayo

"...der Krieg wird andauern: Entschlossen, hart und kampfesmutig bis zum Tag der Befreiung"

Während seines Aufenthaltes in der Bundesrepublik anläßlich der Großveranstaltung der FRAP in Gelsenkrichen gewährte der Genosse Julio Alvarez del Vayo dem Roten Morgen ein Interview. Genosse Julio Alvarez del Vayo war als Mitglied des linken Flügels der Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens Außenminister und Generalkriegskommissar der Zweiten Spanischen Republik. Im Januar dieses Jahres führte er den Vorsitz auf der Gründungsversammlung der Revolutionären, Antifaschistischen, Patriotischen Front (FRAP). Die FRAP kämpft unter der Führung unserer spanischen Bruderpartei, der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten (PCE/ML) für den Sturz der faschistischen Diktatur und die Vertreibung des Yankee-Imperialismus durch den revolutionären Kampf; für die Errichtung einer föderativen Volksrepublik, die die demokratischen Freiheiten für das Volk und die Rechte der nationalen Minderheiten garantiert; für die Verstaatlichung des ausländischen Monopolkapitals und die Einziehung des Besitzes der Oligarchie; für eine tiefgreifende Agrarreform auf der Grundlage der Konfiszierung des Großgrundbesitzes; für die Liquidierung der Reste des spanischen Kolonialismus; und für die Bildung einer Armee im Dienste des Volkes. Unter der Führung der Partei der spanischen Arbeiterklasse, der PCE/ML, hat die FRAP in der kurzen Zeit ihres Bestehens bereits große Erfolge errungen und sie führt immer breitere Teile des spanischen Volkes den Weg des revolutionären Kampfes für die Befreiung Spaniens von Imperialismus und Faschismus, für die Föderative Volksrepublik Spanien.

RM: Zunächst möchten wir Alvarez del Vayo im Namen unserer Partei herzlich für die Möglichkeit dieses Interviews danken: Ihnen, der Sie so reiche historische Erfahrungen besitzen über Spanien und die ganze Welt. Wir möchten Sie zuvor um Ihr Einverständnis bitten, eventuell bei der Publikation im "Roten Morgen" Kürzungen vorzunehmen, wenn es an Platz mangeln sollte.

Julio Alvarez del Vayo: Gern.

RM: Herzlichen Dank. Unsere ersten Fragen beziehen sich natürlich auf Spanien, vor allem auf den Nationalrevolutionären Krieg und die Zweite Republik. Könnten Sie uns einiges über den Kampfgeist des spanischen Volkes im Nationalrevolutionären Krieg 1936 - 1939 berichten?

J.A.d.V.: Der Kampfgeist hat zu keinem Zeitpunkt aufgehört. Von 1936 bis 1939 kämpfte Spanien mit unbeschreiblichem Heroismus gegen den internationalen Faschismus. Es handelte sich nicht etwa um ein rein spanisches Problem, es ging um eine Frage von weltweiter Bedeutung. Das gilt auch noch heute: Der Kampf für die Befreiung Spaniens begeistert augenblicklich alle freiheitsliebenden Völker. Ich habe das selbst erleben können: Vor zehn Tagen in einer beeindruckenden Veranstaltung in Italien, und dann gestern abend hier in einer Veranstaltung, die wirklich begeisternd war, denn die Atmosphäre war von außerordentlicher Wärme und Freundschaft für Spanien bestimmt.

RM: Vielen Dank. Noch eine weitere Frage zum Nationalrevolutionären Krieg. In der letzten Phase dieses Krieges war aufgrund der massiven Unterstützung des deutschen und italienischen Faschismus für Franco eine schwierige Lage für die Republikaner eingetreten. Aber wir meinen, daß es auch in der Regierung der Republikaner zwei Tendenzen gab: Eine Tendenz, die entschlossen war, den Kampf mit allen Mitteln fortzusetzen, und eine kapitulationistische Tendenz. Könnten Sie uns aus Ihren direkten Erfahrungen über die letzte Phase des Krieges informieren, besonders über die konsequent republikanischen Kräfte und die Verräter?

J.A.d.V.: Diese Frage ist äußerst wichtig. Nach dem Verlust Kataloniens stellte sich der Regierung der Republik das Problem, ob es möglich wäre, den Kampf in der zentralen Zone fortzusetzen. Die Regierung, die nach dem Verlust Kataloniens nach Frankreich auswich, hielt in Toulouse einen Ministerrat ab. Dort – hier muß ich um Entschuldigung bitten, von mir selbst zu reden – trat ich mit Entschiedenheit für die Rückkehr der Regierung in die Zentralzone ein. In der Zentralzone hatten wir noch eine halbe Million unter Waffen. Wir hatten zwar keine Luftwaffe, aber etwas schwere Artillerie. Ich bestand – in diesem Punkt mit Unterstützung des Ministerpräsidenten Dr. Negrin und des kommunistischen Ministers Vicente Uribe – auf der Rückkehr in die Zentralzone. Ich sagte, daß wir selbst nach einem eventuellen Verlust Madrids den Kampf fortsetzen könnten, daß der Krieg selbst nach dem Verlust Madrids in den republikanischen Gebieten weitergeführt werden könnte, indem wir die Vorteile der spanischen Gebirge ausnutzen und so den regulären Krieg in einen Guerillakrieg umwandeln könnten. Schließlich wurde zunächst folgendes beschlossen: Noch in der gleichen Nacht flogen Dr. Negrin und ich in einem Flugzeug der "Air France" über feindlich besetztes Gebiet nach Alicante. Bei der Ankunft in Alicante sahen Negrin und ich sofort die unglückselige Wirkung der kapitulationistischen Propaganda, die durch ausländische Agenten vorangetrieben wurde und auf ein neues "München" in Spanien abzielte. Diese Absicht wurde von einem Teil der republikanischen Bewegung unterstützt, der niemals wirklich kämpferisch gewesen war. Wir versuchten dort, die Moral der Truppen und des Volkes aufzurichten. In diesem Augenblick ereignete sich der zweite Militärputsch, der Putsch des General Casado , der die Republik verriet und das Ziel verfolgte, sich mit Franco zu verständigen. Wir setzten den Widerstand in der noch treu gebliebenen Zone bis zum letzten Augenblick fort, bis wir sahen, daß wir Casado in die Hände fallen würden. Daraufhin flog die Regierung mit dem allerletzten Flugzeug nach Frankreich.

RM: Ich glaube, daß diese Auskünfte von großer Bedeutung sind, da diese Tatsachen in Deutschland kaum bekannt sind. Eine weitere Frage über den Nationalrevolutionären Krieg: Was war nach Ihrer Ansicht die Bedeutung der Internationalen Brigaden?

J.A.d.V.: Die Internationalen Brigaden besaßen eine zweifache Bedeutung im Nationalrevolutionären Krieg. Erstens eine politische Bedeutung: Die internationale Solidarität mit dem spanischen Volk. Zweitens eine militärische Bedeutung: Weil die Interbrigaden sich während des Krieges außergewöhnlich tapfer schlugen. Im September 1938 erklärte Dr. Negrin vor dem Völkerbund Spaniens Bereitschaft, die Internationalen Brigaden zurückzuschicken, in der Hoffnung, dann würde die militärische Intervention von Seiten der faschistischen Staaten ebenfalls aufhören. Dazu muß ich hier erklären (bei aller Loylität, Freundschaft und Achtung gegenüber Dr. Negrin, der ein großer Führer im Nationalrevolutionären Krieg war), daß ich in diesem Punkte – und das war bekannt – anderer Meinung war als er. Ich vertrat gegenüber Negrin die Ansicht, daß nichts, was wir unternehmen würden, die Politik Frankreichs und Englands beeinflussen könnte, daß die Politik Frankreichs und Englands völlig durch die Angst vor dem Kommunismus bestimmt sei, was in dem Satz zum Ausdruck käme, den man häufig in Frankreich hörte: "Lieber Hitler als die Volksfront!" Aber dennoch machte er dieses Angebot. Die Internationalen Brigaden verließen Spanien, wobei sie noch einmal vom Volk stürmisch gefeiert wurden. Kurz vor seinem Tode sagte mir Dr. Negrin, der ein Mann von großen intellektuellen Fähigkeiten und großer Redlichkeit, die Tatsachen anzuerkennen, war, daß ich Recht gebahnt hatte. Daß die Internationalen Brigaden uns in der letzten Schlacht um Katalonien einen großen Dienst hätten leisten können, wenn wir sie behalten hätten. Als Generalkriegskommissar genoß ich das Privileg, sehr eng mit den Internationalen Brigaden verkehren zu können. Ich hatte natürlich auch Kontakt mit den deutschen Kämpfern, die einfach Klasse waren und sich mit bewundernswerter Tapferkeit schlugen.

RM: Eine letzte Frage zum Nationalrevolutionären Krieg: Die Franco-Faschisten und andere wollen den Leuten weismachen, sie hätten 1939 einen vollen Sieg errungen und der Widerstand hätte aufgehört. Was würden Sie dazu sagen?

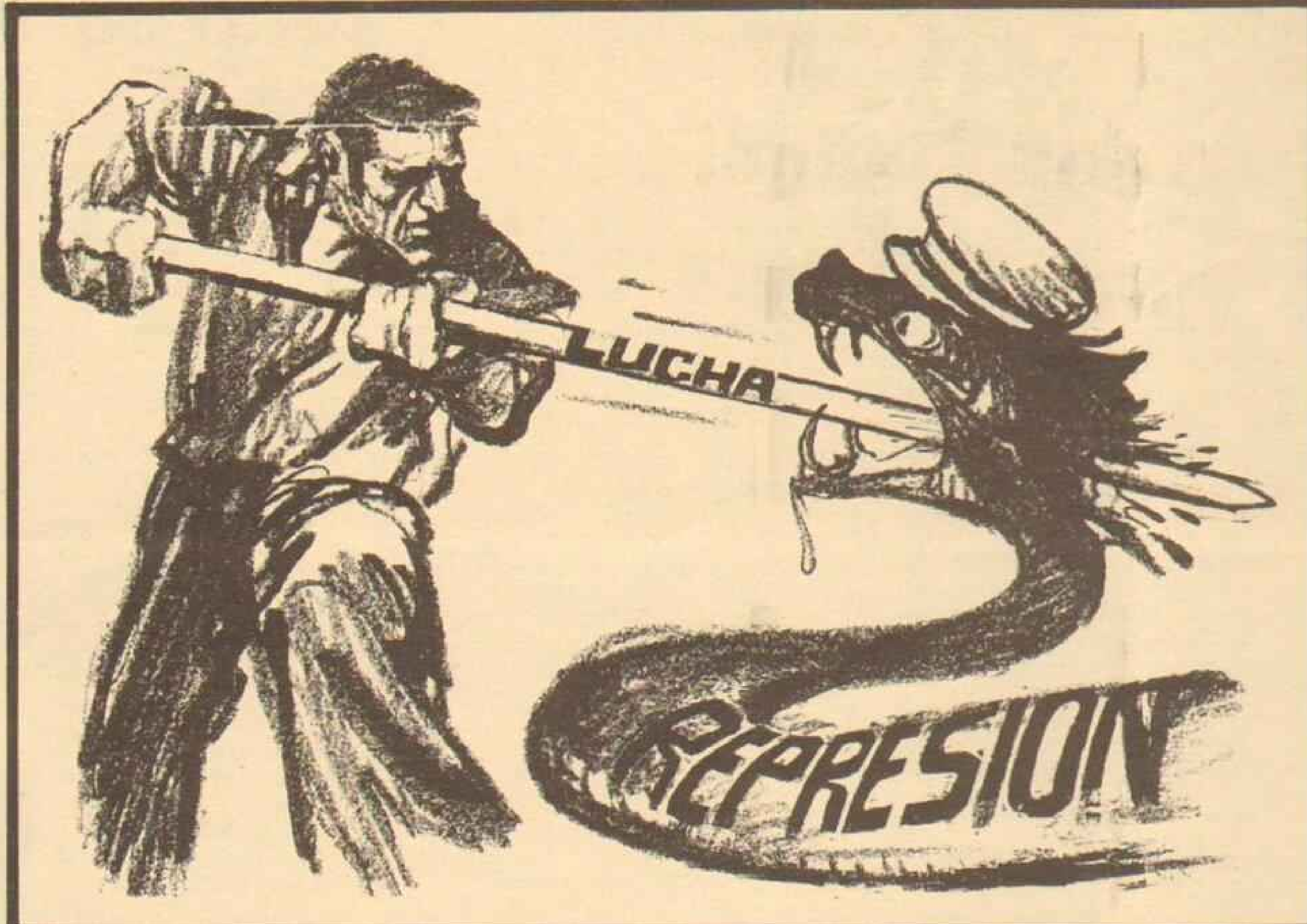
J.A.d.V.: Ich muß hier mit aller Bestimmtheit erklären, daß Madrid nicht von Francos Truppen erobert wurde, daß Madrid durch die Verräter der Casado-Junta an Franco ausgeliefert wurde, und daß bis zum letzten Augenblick republiktreue Kämpfer im Kampf gegen Casados Truppen fielen. Am Ende des Krieges gab es in Spanien einen wahren Massenmord an den treuen Republikanern. Niemand kann sich die Zahl derer vorstellen, die von den Faschisten umgebracht wurden. Ich muß mit dem Stolz eines spanischen Revolutionärs erklären, daß die Spanier unter den Kugeln der Exekutivkommandos mit dem Rufe fielen: "Es lebe die Republik!" Und es gibt viele Zeugnisse und Bücher, darunter sogar von frankistischen Offizieren, die der Tapferkeit dieser Kämpfer ihre Hochachtung zollen. Das ist wichtig, festzustellen, weil der Krieg weitergeht. Der Krieg endete nicht im Jahre 1939! Der Krieg geht noch heute weiter! Und der Krieg wird andauern: Entschlossen hart und kampfesmutig bis zum Tag der Befreiung.

RM: Damit sind wir schon bei der heutigen Lage und unserem nächsten Fragenkomplex. Sie haben den Vorsitz bei der Gründungsversammlung der FRAP, der Revolutionären, Antifaschistischen und Patriotischen Front, geführt. Könnten Sie unseren Lesern einiges über die Bedeutung der FRAP in der heutigen Situation in Spanien sagen?

Genosse Julio Alvarez del Vayo stellt zunächst fest, daß die FRAP heute "der entschlossenste Teil des spanischen Volkes im Kampf gegen die Diktatur" ist. Er unterstreicht, daß mit der Gründung der FRAP ein großer Schritt in der Schmiedung der Einheit der Opposition gegen den Franco-Faschismus getan worden ist. So sehr Genosse Alvarez del Vayo die hervorragende Rolle der Kommunistischen Partei Spaniens während des Nationalrevolutionären Krieges hervorhebt, verurteilt er die Politik der revisionistischen P'C'E der "nationalen Aussöhnung" und des "Paktes für die Freiheit". Der Genosse fährt fort:

"In Spanien verläuft die Trennungslinie einerseits zwischen denen, die glauben, es sei möglich, daß in Spanien auf friedlichem Wege eine Änderung eintritt mittels einer "demokratischen Entwicklung" und uns auf der anderen Seite, die wir glauben, daß sich allein durch eine revolutionäre Mobilisierung der Massen irgend etwas ändern kann. Die Funktion der FRAP ist es gewesen, diese Mobilisierung der Massen zusammenzufassen und zu führen. Im Anfang war die FRAP zahlenmässig schwach, heute dehnt sie sich laufend weiter aus. Übrigens ist das nicht nur eine Frage der Anzahl, sondern der politischen Haltung, der politischen Klarheit und der revolutionären Entschlossenheit. Ich war gestern zutiefst beeindruckt über die Inbrunst, mit der "FRAP!FRAP!FRAP!" auf der Veranstaltung in Gelsenkirchen gerufen wurde. Ich meine, daß diese Begeisterung berechtigt ist und ich betrachte die Hilfe der deutschen Antifaschisten für die Entwicklung der FRAP in Deutschland als sehr wichtig.

RM: Die Frage der sogenannten "Liberalisierung" des Francismus spielt auch für uns in Deutschland eine wichtige Rolle, weil z.B. die SPD und ihr Kanzler Brandt behaupten, das sei die Perspektive für Spanien, und es werde nach der Krönung von Juan Carlos von Bourbon eine "Demokratisierung" des Regimes geben und so könne man mit kleinen Schritten langsam zur Demokratie kommen. Was ist Ihre Ansicht über diese "Theorie"?



J.A.d.V.: Ich halte diese "Theorie" für 100 prozentig falsch. Das Manöver, Juan Carlos auf den Thron zu heben, entspricht der Absicht des Francismus, sich selbst zu überleben. Die Monarchie ist in Spanien alles andere als populär. Die Monarchie starb in Spanien im Jahre 1931, als der letzte König sich aus Spanien aus dem Staub machen mußte inmitten totaler Ablehnung gegenüber jedem Versuch einer Restauration der Monarchie. Der Prinz Juan Carlos besitzt keinen Deut Persönlichkeit; der Vater hat etwas mehr wie auch der Großvater Alfons XIII., aber Juan Carlos bedeutet wirklich gar nichts. Man hat versucht, ihn populär zu machen, indem man ihn durch Spanien spazieren führte.

RM: Und durch Deutschland!

J.A.d.V.: Aber das Volk hat nicht reagiert. Jetzt naht der entscheidende Moment, wenn Juan Carlos auf den Thron gehoben werden soll. Dafür hat die FRAP, die einzig richtige politische Linie beschlossen: Den revolutionären Generalstreik.

RM: Nun eine Frage über die Perspektiven des Kampfes des spanischen Volkes, sowohl was den revolutionären Generalstreik bei der Krönung von Juan Carlos betrifft, als auch über die weiteren Perspektiven des Kampfes: Gestern sagten Sie in Ihrer Rede, daß eine spanische Frau, die bereits zwanzig Jahre Gefängnis durchlitt, sagte, das Franco-Regime würde keine zwanzig Jahre mehr dauern!

J.A.d.V.: Und daß sie bereit wäre, für den Sieg noch einmal zwanzig Jahre Gefängnis zu riskieren. — Das Problem für die FRAP und auch für mich ist folgendes: Wenn Franco von der Bühne verschwindet, wird in Spanien das gleiche passieren wie in Portugal, als Salazar verschwand: Das heißt, praktisch gar nichts. Wir, die wir die Probleme ohne irgendwelche romantischen Vorstellungen, sondern mit revolutionären, marxistischen Kriterien betrachten, sind der Ansicht, daß es zwei Möglichkeiten gibt: Entweder können wir durch den revolutionären Generalstreik die Errichtung der Monarchie verhindern, oder aber wir können auf jeden Fall verhindern, daß sie in einer Atmosphäre "großer Show" und Festlichkeit inszeniert werden kann. Das bedeutet: Wenn sie in einer Atmosphäre des antifaschistischen Volkskampfes errichtet wird, haben wir bereits den Ausgangspunkt für die Schlacht von morgen. Wenn gesagt wird, solche Ziele könnten nicht erreicht werden, so ist dem zunächst zu entgegnen, daß niemand vorhersagen kann, was die revolutionären Massen erreichen können, und zweitens, daß eben, auch wenn die Restaurierung der Monarchie nicht verhindert würde, jene Atmosphäre des Kampfes geschaffen werden kann, die absolut notwendig ist. Genau das hat die FRAP begriffen. Die Kampagne, die sie deshalb augenblicklich überall in Spanien durchführt, in den Fabriken, auf dem Lande, in den Universitäten und Stadtteilkomitees, um den Generalstreik zu propagieren, hat bereits eingeschlagen, und das ist eine der Ursachen, weshalb Franco seine Repressionen gegen die FRAP verstärkt. Ich möchte betonen — ich sagte es bereits gestern, weil es sehr wichtig ist — daß die FRAP bereits einen Erfolg errungen hat mit der Rücknahme von 5 Todesurteilen. Denn diese 5 Todesurteile standen kurz vor ihrer Vollstreckung. Dennoch zog die Regierung sie zurück, weil sie sie nicht zu vollstrecken wagte, denn sie sah eine internationale Kampagne von einem derartigen Ausmaß auf sich zukommen, daß sie Angst bekam, Angst um die Sicherheit ihrer Botschaften, der Konsulate, der Fluglinien, des Tourismus, Angst um ihre EWG-Perspektiven usw. Diese Regierung, die mit dem Ziel gebildet wurde, die Repression gründlich und bis zum Letzten durchzuführen, ist zurückgewichen vor den Aktionen der FRAP.

RM: Herzlichen Dank für all das, was Sie uns über Spanien gesagt haben. Wir möchten Ihnen nun noch gern einige Fragen über Ihre Beziehungen zu unserem Lande, zu Deutschland, stellen. Sie sagten bereits, daß Sie in Deutschland studierten. Es ist zudem bekannt, daß Sie Rosa Luxemburg noch persönlich gekannt haben. Könnten Sie den Lesern des "Roten Morgen" von dieser Zeit in Deutschland berichten?

J.A.d.V.: Ich kam im Jahre 1913 nach Deutschland. Ich habe an der Universität Leipzig studiert. Ich hatte ein Stipendium des spanischen Vereins für weiterführende Studien, um in Deutschland zu studieren. Damals gehörte ich schon zur sozialistischen Jugend. Also nahm ich Kontakt zur deutschen Bewegung auf. In Leipzig war Rosa Luxemburg. Ich kannte sie sehr gut. Sie war absolut genial. In diesem Zusammenhang ist es sehr interessant, daß sich heute das Interesse für Rosa Luxemburg wieder verstärkt. Ich habe in meinem Leben viele Bücher geschrieben, aber nur einen einzigen Roman mit dem Titel: "La senda roja", "Der rote Weg" (das sagt A.d.V. auf Deutsch — RM), dessen Hauptfigur Rosa Luxemburg ist.

RM: Wir möchten dazu erklären, daß heute in Deutschland unsere Partei, die KPD/ML, in der revolutionären Tradition Rosa Luxemburgs steht. Ihr Andenken lebt z.B. in unseren Liedern fort, und ihr revolutionärer Geist in unserer Politik. — Eine weitere Frage, die unser Land betrifft: Was ist Ihrer Meinung nach die Bedeutung der internationalen Solidarität mit dem vom Franco-Regime verfolgten spanischen Antifaschisten und Patrioten?

Spaniens Himmel breitet seine Sterne
Über uns're Schützengräben aus.
Und der Morgen grüßt schon aus der Ferne,
Bald geht es zum neuen Kampf hinaus!
Die Heimat ist weit,
Doch wir sind bereit!
Wir kämpfen und siegen für Dich, Freiheit!

Den Faschisten werden wir nicht weichen,
Schickt er auch die Kugeln hageldicht;
Mit uns zieh'n Kameraden ohnegleichen,
Und ein Rückwärts gibt es für uns nicht!
Die Heimat ist weit...

Rührt die Trommeln, fällt die Bajonette!
Vorwärts marsch, der Sieg ist unser Lohn,
Mit der Freiheitsfahne brecht die Kette,
Auf zum Kampf,
das Thälmann-Bataillon!
Die Heimat ist weit...

J.A.d.V.: Die Bedeutung der internationalen Solidarität kann gar nicht hoch genug veranschlagt werden. Obwohl es sich bei den Franco-Regime um ein faschistisches, zynisches und grausames Regime handelt, kann es die öffentliche Meinung des Auslandes dennoch nicht völlig ignorieren. Die Verbreiterung einer ständigen Kampagne gegen die Repression des Franco-Regimes in Deutschland — gestern habe ich mich ja von dem Enthusiasmus der deutschen Antifaschisten für die spanische Sache überzeugen können — ist äußerst wichtig. Jetzt ist die Regierung in der Frage der 5 Todesurteile einen Schritt zurückgewichen, aber das liefert uns keinerlei Garantie, daß sie ihr Mörderhandwerk nicht einige Tage später fortsetzt, wenn die internationale Kampagne einschlafen würde. Das Problem bleibt auf der Tagesordnung, und deshalb müssen auch unsere Maßnahmen auf der Tagesordnung bleiben. Gerade Deutschland hat in Spanien ein sehr großes Gewicht in jeder Hinsicht. Darum glaube ich, daß ihr, wenn ihr euch auf den großen antifaschistischen Kampfgeist der deutschen Jugend und der deutschen Arbeiterklasse, die den Faschismus am eigenen Leibe erfahren hat, stützt, auf einer ganz realen und keineswegs illusionären Grundlage eine außerordentliche Kampagne entfachen könnt.

RM: Zum Schluß noch einige Fragen über Ihre reichen historischen Erfahrungen und Ihre persönlichen Bekanntschaften mit großen Revolutionären. Es ist bekannt, daß Sie vor dem Ersten Weltkrieg in der Schweiz auch Lenin getroffen haben. Könnten Sie uns einiges über die Bedeutung Lenins für Sie sagen?

J.A.d.V.: Ich kannte Lenin, als ich in Zürich studierte. Die bedeutendste Lehre, die ich von ihm erhielt, war folgende: Daß man mit den jeweiligen Mitteln, die zur Verfügung stehen, kämpfen muß, seien es wenige oder viele, daß man niemals die Theorie übernehmen darf, es gebe keine Möglichkeiten zu kämpfen. Daß es immer und stets eine Möglichkeit zu kämpfen gibt, unter zwei Bedingungen: Mit einer korrekten und klaren politischen Linie und der Entschlossenheit im Kampf.

RM: Sie sind auch mehrere Male in China gewesen. Könnten Sie den Lesern des "Roten Morgen" etwas über die Bedeutung sagen, die die chinesische Revolution und der Genosse Mao Tsetung Ihrer Ansicht nach für die Welt haben?

J.A.d.V.: Ich war viermal in China: 1957, 1961, 1967 (mitten während der äußerst bedeutenden Kulturrevolution) und letztes Jahr, 1973. Meine Einschätzung Chinas beruht darauf, das Wesentliche vom Nebensächlichen zu trennen. Das ist notwendig, um China zu verstehen. Die chinesische Revolution ist von ungeheurer historischer Bedeutung, und ihr größter Wert liegt darin, daß sie fortschreitet, daß die chinesische Revolution niemals revisionistisch entartet werden wird, daß sie niemals die Maotsetungideen verraten wird. Als ich letztes Jahr in China war, fragte ich einen jungen Chinesen, einen Studenten: "Ich habe ein Problem. Ich schreibe an einem Buch über China. Ich möchte es so schreiben, daß es auch noch Jahre später aktuell bleibt." Er antwortete: "Dann schreiben Sie, daß die Revolution und die Maotsetungideen hier für immer verankert sind. So wird Ihr Buch aktuell bleiben." Es ist wirklich ein Land, in dem die Massen über alles entscheiden. Es ist ein Land, in dem die Maotsetungideen derartig tief ins Volk gedrungen sind, daß es absurd wäre, an eine Konterrevolution zu denken. Denn in China ist das Volk der Herr. Denn das Volk arbeitet mit einer außerordentlichen Hingabe für die Zukunft des Landes und für die Solidarität mit den revolutionären Bewegungen der Welt. In den ersten vier Monaten des Jahres 1974 haben mehrere afrikanische Staatschefs Peking besucht. Mao Tsetung hat zu ihnen gesagt: "Wir helfen euch nach Maßgabe unserer Möglichkeiten, d.h. nicht so sehr, wie wir am liebsten möchten." In dem Maße, in dem China seine wirtschaftliche Stärke erhöht, wird es seine Unterstützung für die Völker, die um ihre Befreiung kämpfen, erhöhen. Bei einem Besuch, den ich einer Einheit der Volksbefreiungsarmee abstattete, und zwar einer motorisierten Einheit, empfing man mich mit zwei Spruchbändern, einem in Chinesisch und einem auf spanisch: "Willkommen der ewige Kämpfer des spanischen Volkes!" Das zeigt den Geist, der in China herrscht.

RM: Eine letzte Frage. Sie haben auch Stalin gekannt. Die heutigen Führer der Sowjetunion beschimpfen Stalin.

J.A.d.V.: Ich bin der Ansicht, daß der charakteristische Wesenszug Stalins darin bestand, daß er ein Revolutionär war. In Peking sieht man überall das Portrait Stalins. Warum? Weil er ein großer Revolutionär war. Im Gegensatz dazu kann die heutige sowjetische Führung nicht den Anspruch erheben, revolutionär zu sein, weil sie nicht revolutionär ist, und weil sie die Idee der internationalen Solidarität der Freundschaft mit den USA geopfert hat. Im Grunde besteht zwischen der heutigen Sowjetunion und den USA — wie soll man sagen: eine Allianz, wie man es auch ausdrücken will, es gibt eine Absprache der zwei Supermächte, um ihren Einfluß der Welt aufzuzwingen. Und weil China diese Tendenz bekämpft, und weil China mächtig und stark ist, deshalb existiert diese ungeheure Feindschaft — nicht etwa des sowjetischen Volkes, sondern der sowjetischen Führungsspitze gegen China. Ich pflege häufig — um damit abzuschließen — eine Anekdote zu erzählen: Vor zwei Jahren war ich in New York zusammen mit anderen Journalisten zu einem Empfang aus Anlaß des Jahrestages der sowjetischen Revolution eingeladen. Dabei kam der sowjetische Botschafter Malik zu mir und sagte mir (dazu muß man wissen, daß ich vier Bücher über die Sowjetunion geschrieben habe): "Mag geschehen was will, Alvarez del Vayo ist ein Freund der sowjetischen Revolution von neunzehn-hun-dert-und-sieb-zehn: immer!" (Alvarez del Vayo betont hier das Wort "1917" gegenüber Malik, RM).

RM: Lieber Genosse Julio Alvarez del Vayo, die KPD/ML dankt Ihnen wirklich von Herzen für all diese Erklärungen. Der "Rote Morgen" wird sie veröffentlichen, und sie werden von großer Bedeutung für die deutschen Revolutionäre und darüber hinaus für alle deutschen Antifaschisten, die Solidarität mit dem kämpfenden spanischen Volk üben wollen, sein. Noch einmal herzlichen Dank.

(Ende des Interviews).

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
Das 1. Programm	
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
16.00 - 16.30	32 und 41 Meter
19.00 - 19.30	32 und 41 Meter
Das 2. Programm	
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
21.30 - 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
Das 3. Programm	
6.00 - 6.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)
23.00 - 23.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1.400 khz (Mittelwelle!)
206 Meter entspricht 1.456 khz.



RADIO PEKING

19.00 - 19.30 Immer: 43,7 - 42,8
21.00 - 22.00 und 26,2 Meter

Tod dem Faschismus!

Es lebe der Freiheitskampf des griechischen Volkes!

Sieben Jahre faschistische Militärdiktatur in Griechenland – das heißt: Sieben Jahre blutige, brutale Unterdrückung des griechischen Volkes, das heißt sieben Jahre offene Knechtung durch den US-Imperialismus.

Das heißt aber auch: Sieben Jahre unbeugsamen, mutigen Kampfes der griechischen Patrioten und Revolutionäre gegen Imperialismus und Faschismus, sieben Jahre Kampf um nationale und soziale Befreiung des Volkes.



Als am 20. April 1967 die faschistischen Militärs die Macht an sich rissen, da handelten sie im Auftrag und im Sold der US-Imperialisten, die durch den wachsenden Kampf des griechischen Volkes ihre unumschränkte Herrschaft gefährdet sahen. Für die weltmachtgierigen US-Imperialisten und die Staaten des aggressiven NATO-Paktes war Griechenland nicht nur ein Land, aus dem sie Milliardenprofite schlagen wollten, sondern in erster Linie ein Brückenkopf des US-Imperialismus gegen die aufstrebende zweite Supermacht, die sowjetischen Sozialimperialisten. **Den wachsenden Kampf des griechischen Volkes gegen die amerikanischen Ausbeuter und Unterdrücker, gegen die dekadente, korrupte Monarchie schlug der US-Geheimdienst CIA mit Hilfe der putschenden Generale nieder. Die Beweise dafür haben selbst oppositionelle bürgerliche Politiker, die ins Ausland flohen, im letzten Sommer auf den Tisch gelegt: Jahrelang hörte der griechische Geheimdienst KYP im Auftrag des CIA alle Ministergespräche in Griechenland ab. Vier der fünf putschenden Generale, darunter Papadopoulos, waren jahrelang Agenten des CIA gewesen. Mehr als 100 "militärische Berater" des CIA bildeten die putschende Armee aus; die griechische Sondereinheit "Lok", Spezialtruppe der NATO, trägt das grüne Barrett der US-Special-Forces.**

Auch die westdeutschen Imperialisten schlagen Profit aus der blutigen Unterdrückung Griechenlands, helfen mit, dieses Blutregime an der Macht zu halten. Die Krokodilstränen der SPD und anderer bürgerlicher Parteien können die Tatsache nicht vertuschen: Daß deutsche Soldaten im Rahmen eines NATO-Manövers im letzten Jahr die Knechtung des griechischen Volkes probten; daß wenige Wochen vor der Novemberrevolte vier U-Boote, 103 000 Handfeuerwaffen, 3000 Maschinenpistolen und Munition an die Athener Faschisten geliefert wurden. Westdeutsche Konzerne holen Millionenprofite aus den griechischen Arbeitern heraus: Zwei Wochen vor den Aufständen beschloß Hoechst, weitere 14 Millionen Drachmen zu investieren.

Mit Elend, Not und blutigen Opfern hat das griechische Volk das Weltmachtstreben der US-Imperialisten, die Aggressionspolitik der NATO-Staaten bezahlt. Tausende Griechen mußten auf der Suche nach Arbeit ihre Heimat verlassen - im Ausland bespitzelt und erpreßt vom griechischen Geheimdienst. Tausende wurden in KZs geworfen, gefoltert, ermordet oder von Militärsondergerichten zum Tode verurteilt. Aber hat das den Freiheitswillen Griechenlands gebrochen? Nein! Seit mehr als einem Jahr wachsen die Kämpfe an: Demonstrationen der Arbeiterjugend und der Studenten - das war die Antwort des Volkes auf die Militärdiktatur. Im letzten Herbst kämpften Arbeiter und Studenten bewaffnet gegen Imperialismus und Faschismus. 50 000 Arbeiter streikten und zogen in gewaltigen Demonstrationszügen durch die Stadt Athen. Studenten verbarrikadierten sich an der Athener Universität. Die US-Imperialisten waren gezwungen, ihre Marionetten auszuwechseln, ihr Blutregime noch weiter zu verschärfen. Mehr als 300 Menschen wurden ermordet, Tausende auf die Todesinseln der Ägäis verbannt. Doch schon flammen neue Kämpfe auf: In Athen kam es in den letzten Wochen erneut zu Streiks.

Auch in Griechenland haben die Modernen Revisionisten bewiesen, daß sie nichts anderes sind als Wegbereiter des Faschismus. 1967 sabotierten und spalteten sie den Kampf des Volkes mit ihrem Gejammer nach "mehr Demokratie". Als im November 1973 bewaffnet gekämpft wurde, da rissen sie die vorwärtsstürmenden Massen zurück, logen sie den offensiven Kampf der griechischen Arbeiter und Studenten gegen Imperialismus und Faschismus um in einen "Kampf, um dem Blutvergießen, den Verhaftungen und Folterungen ein Ende zu machen" (Erklärung des Politbüros der 'K'P Griechenlands) und schwafelten von der "Isolierung des Regimes vom Volk"! Aber auch diese Verräter und Agenten werden den Sieg des Volkes in Griechenland nicht verhindern können! Das griechische Volk steht in einer Reihe mit allen unterdrückten, vom Imperialismus um ihre nationale Freiheit betrogenen Völker der Welt - im Kampf um die nationale und soziale Befreiung.

Die sowjetischen Sozialimperialisten - ein Feind der Völker.

Sie plündern, erpressen und unterdrücken

Die sowjetischen Sozialimperialisten sind heute neben den US-Imperialisten die größten Räuber und Ausbeuter der dritten Welt geworden. Die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sind für die SU-Imperialisten nichts anderes als ein Abladeplatz für schlechte Waren und eine Möglichkeit, sich billig mit Rohstoffen zu versorgen.

Mit ihrer sogenannten "Hilfe", die nichts anderes ist als ein Handel mit ungleichen Waren – zum Vorteil der SU-Imperialisten und zum Nachteil der Länder der dritten Welt – beuten sie diese Länder skrupellos aus. So zeigen zum Beispiel Zahlen, die die sowjetische Zeitung "Vneshnyaia torgovlia" veröffentlichte, daß der Preis, den die sowjetischen Sozialimperialisten für einige Waren von Ägypten verlangen, um 13% höher und teilweise sogar doppelt so hoch ist wie der Preis, den sie etwa von den westdeutschen Imperialisten verlangen. Während des Oktoberkrieges im Nahen Osten verdoppelten die sowjetischen Sozialimperialisten, wie sich jetzt herausstellte, ihre Preise für Waffen und verlangten Barzahlung oder Bezahlung mit billigem Öl.

Auf der anderen Seite drücken die sowjetischen Sozialimperialisten den Preis für Waren, die sie aus den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas importieren, unter den Weltmarktpreis. So enthüllten iranische Zeitungen, daß die sowjetischen Sozialimperialisten iranisches Naturgas vier mal so teuer an Europa weiterverkauften, wie sie es im Iran eingekauft hatten. Der Preis, den die sowjetischen Sozialimperialisten für Rohstoffe aus Indien bezahlen, liegt 20 bis 30% unter dem Weltmarktpreis.

Auf diese Weise haben die Sozialimperialisten Riesenprofite gemacht und große Mengen von Rohstoffen und Nahrungsmitteln aus den Ländern der dritten Welt geraubt. So holten sie allein von 1969 bis 1971 Baumwolle, Naturgummi, Nichteisenmetalle und Nahrungsmittel im Wert von 6.700 Mio. Dollar aus den Ländem Asiens, Afrikas und Lateinameriask. 1972 erreichten die Importe von 15 Arten von Lebensmitteln und Rohstoffen für die Leichtindustrie aus den Ländern der dritten Welt 74,2% des Gesamtimports dieser Art von Waren. Und die Ausplünderung der Länder der dritten Welt soll noch weiter verstärkt werden. Der Import von Kupfer, anderen nicht-eisenhaltigen Metallen und Leichtmetallen zum Beispiel soll bis 1975 auf 900.000 t steigen (1963: 75.000 t).

Die Tatsachen zeigen, daß die Devise der Sozialimperialisten "Maschinen für Rohstoffe" und "Waffen für Rohstoffe" eine Devise der Ausbeutung und Ausplünderung ist.

Um ihre imperialistische Ausplünderungspolitik zu "rechtfertigen", gehen die sowjetischen Sozialimperialisten mit den verschiedensten Theorien hausieren:

1. Die Theorie der internationalen Arbeitsteilung, die angeblich beiden Seiten nutzen soll. In Wirklichkeit ist diese Theorie eine Theorie von Neokolonialisten, die darauf abzielt, die Entwicklungsländer Asiens, Afrikas und Lateinamerikas unter den Einfluß der sowjetischen Sozialimperialisten zu bringen und sie nach dem Muster der osteuropäischen Staaten und der Mongolei zu reinen Rohstofflieferanten und billigen Märkten für die SU-Imperialisten zu machen.

2. Die Theorie der "eingeschränkten Souveränität über die Rohstoffe". Die sowjetischen Sozialimperialisten erklären, daß "die Souveränität über die natürlichen Ressourcen abhängig ist von dem Ausmaß der Möglichkeiten, diese Ressourcen durch die Industrie der Entwicklungsländer auch zu nutzen". Mit anderen Worten: Länder mit größerem Industriepotential genießen größere Souveränität über die natürlichen Ressourcen, Länder mit geringen Industriepotential haben eben auch nur eine geringere Souveränität. Gemäß dieser imperialistischen Logik ist klar, wem die Souveränität über die natürlichen Ressourcen in den Ländern der dritten Welt gehört: den sowjetischen Sozialimperialisten. Die Theorie der "begrenzten Souveränität über die Rohstoffe" entlarvt sich so als eine Ausweitung und weitere Vervollkommnung der Theorie der "begrenzten Souveränität", mit welcher die sowjetischen Sozialimperialisten die wirtschaftliche und politische Herrschaft über die osteuropäischen Länder "rechtfertigen" wollen.

3. Die Theorie des "internationalen Besitzes". Die sowjetischen Sozialimperialisten faseln, daß "obwohl arabisches Öl – der Form nach – Besitz der Araber ist, sei es doch eigentlich internationaler Besitz. Denn es sei grundlegend verbunden mit dem Leben der modernen Welt und ihren Industrien". Das ist ein durch und durch imperialistisches Argument, zu keinem andren Zweck erfunden als zur Ausbeutung des Öls im Mittleren und Nahen Osten.

Die Worte und Taten der sowjetischen Sozialimperialisten zeigen, daß ihr angeblich "selbstloser Beistand", ihr Gerede von "Gleichberechtigung und gegenseitigem Nutzen" eine glatte Lüge ist. Die sowjetischen Sozialimperialisten sind keine Freunde, sondern sehr gefährliche Feinde der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.
(Nach einem Artikel der chinesischen Nachrichtenagentur Hsinhua).

Fortsetzung von Seite 1

Sieg über den Hitler-Faschismus

Und noch heute zeugen in alten Arbeitervierteln verwitterte Parolen an den Häuserwänden von dem mutigen Kampf der damals geführt worden ist.

Die Ergebnisse dieses Kampfes der Kommunisten und aller Antifaschisten zeigten sich klar nach dem Sieg über den Hitlerfaschismus: Unser Volk wollte abrechnen mit seinen Henkern, die Faschisten endgültig davonjagen und eine antifaschistische Ordnung errichten. In ganz Deutschland kämpfte unser Volk mit der KPD für eine antifaschistische Demokratie, als Grundlage für ein sozialistisches Deutschland. In der SBZ, der späteren DDR ging das Volk im Schutz der Roten Armee sogleich daran, die aktiven Nazis zu bestrafen, die Kriegsverbrecher, die Junker, Konzern- und Monopolherren zu enteignen, die Schulen und Ämter vom braunen Ungeist zu säubern, eine neue Ordnung wurde aufgebaut. In den Westzonen aber zeigte sich, daß es niemals das Ziel der imperialistischen Westmächte gewesen war, den Faschismus zu zerschlagen, sondern daß es ihnen einzig um die Stärkung ihrer Position im imperialistischen Konkurrenzkampf gegangen war. Jetzt wollten sie ein Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion und die neu entstehenden Volksdemokratien in Westdeutschland schaffen, eine Bastion des Antikommunismus. Als das deutsche Volk auch in den Westzonen daranging, die Nazis und Kriegsverbrecher ans Licht zu zerren und und ihnen den Prozeß zu machen und mit Volksentscheiden die Enteignung der Monopole verlangte, waren es die westlichen Allierten, die sich mit ihren Panzern und ihrem Standrecht schützend vor die Verbrecher stellten, um zu verhindern, daß das Volk die Macht ergreift und ein sozialistisches Deutschland entsteht. Betriebsausschüsse und Volkskomitees, die sich gebildet hatten, um die sofortige Entnazifizierung von der Militärregierung zu erzwingen, wurden von den Allierten zerschlagen. Auf der Zeche Blumenthal reichten die Aktionsformen der Kollegen vom passiven Widerstand und absichtlicher Senkung der Produktion bis zur gewaltsamen Entfernung ehemaliger Nazis vom Betriebsgelände. Ein britisches Militärgericht verurteilte daraufhin 6 Arbeiter wegen Aufruhrs zu Gefängnisstrafen von ein bis drei Monaten. Auf einer anderen Zeche wo die Kumpels sich weigerten einzufahren, bevor nicht alle aktiven Nazis aus dem Betrieb entfernt worden sind, erschien britisches Militär mit Panzerwagen, Der Betriebsratsvorsitzende wurde sofort verhaftet.



Wenn es den Imperialisten gelungen ist, gegen den Widerstand des deutschen Volkes in Westdeutschland die alte Monopolbourgeoisie wieder an die Macht zu bringen, so haben die werktätigen Massen in Westdeutschland niemals den Kampf gegen Faschismus aufgegeben.

Antifaschist sein heißt heute, fest auf der Seite der Proletarischen Revolution stehen. Die Geschichte hat das deutsche Volk mit Millionen Opfem gelehrt, daß der Faschismus nicht durch Wahlen besiegt werden kann, sondern einzig durch die Machtergreifung des Proletariats, durch die Proletarische Revolution. **Heute steht auch in Westdeutschland der Faschismus wieder drohend am Horizont.** Die zunehmenden Kämpfe des westdeutschen Proletariats in den letzten Jahren beantwortete die Bourgeoisie mit dem Vortreiben der Faschisierung, um den Ansturm der Werktätigen in Blut und Terror zu ersticken.

Angesichts dieser Gefahr aber stellen sich die modernen Revisionisten der D'K'P hin und verbreiten die Lüge vom friedlichen, gewaltlosen und parlamentarischen Weg zum Sozialismus, ihre Lüge vom Weg der "friedlichen Zurückdrängung der Monopole". Wer wie sie die Arbeiterklasse von der gewaltsamen Revolution abhalten will, der liefert die die Massen in Wirklichkeit wehrlos an den Faschismus aus, der ist selbst Wegbereiter des Faschismus.
Um diesen Verrätern das Handwerk zu iegen, muß jeder wahre Antifaschist heute nicht nur fest auf der Seite der proletarischen Revolution stehen, sondern auch konsequenter Kämpfer gegen die modernen Revisionisten vom Schlage der D'K'P und alle Opportunisten sein.

Und die D'K'P-Revisionisten besitzen die Dreistigkeit, uns die Sowjetunion und die von ihr beherrschten revisionistischen Länder Osteuropas als "antifaschistisches Lager" anzupreisen. Tatsache ist, daß mit der Machtergreifung der Chruschtschow-Clique nach Stalins Tod, die neuen Zaren im Kreml die Sowjetunion selbst in ein faschistisches Völkergefängnis verwandelt haben. **Heute besteht in der Sowjetunion eine faschistische Diktatur nach der Art der Hitlerdiktatur.** Tatsache ist, daß der sowjetische Sozialimperialismus heute selbst eine imperialistische Supermacht ist, ein Feind der Völker der Welt, der mit dem US-Imperialismus um die Weltherrschaft ringt und die Völker so mit Krieg bedroht.

Und diese imperialistische Supermacht hält heute einen Teil Deutschlands, die DDR besetzt. Auch dort hat sie mit Hilfe ihrer Vasallenclique um Honnecker (einst Ulbricht) eine faschistische Diktatur über unsere Klassenbrüder in der DDR errichtet. **Einst blickten die Antifaschisten aller Länder voller Liebe und Bewunderung auf die sozialistische Sowjetunion Stalins. Heute gilt der glühende Haß aller Antifaschisten dieser imperialistischen Supermacht.**

NIE WIEDER FASCHISMUS, NIE WIEDER KRIEG!

KAMPF FÜR DEN ARBEITERSTAAT BIS ZUM SIEG!

HERAUS MIT DEN POLITISCHEN GEFANGENEN!

Revolutionäre werden mit Isolierhaft gefoltert!

Genosse Klaus Jünschke, angeklagt wegen angeblicher Mitgliedschaft in der RAF, wird seit geraumer Zeit in Zweibrücken durch Isolierhaft gefoltert. Am 12.4. wurde diese Folter weiter verschärft. Seine Eltern, die ihn an diesem Tag besuchten, wurden nach 5 Minuten Gesprächsdauer gezwungen, ihren Besuch abzubrechen. Anlaß war das Gespräch zwischen den Eltern und ihrem Sohn.

Die Eltern berichteten, daß sie über die Pressekonferenz und den Hungerstreik der Angehörigen der politischen Gefangenen gegen die Folter an politischen Gefangenen informiert seien, sich jedoch aus gesundheitlichen Gründen nicht daran beteiligen können.

Als Genosse Klaus daraufhin erklärte, wie notwendig es sei, solche Proteste zu verstärken, drohte einer der überwachenden Beamten zum ersten Mal, das Gespräch abzubrechen.

Genosse Klaus berichtete jedoch weiter. Er selber hat als Folge der Isolationsfolter bereits geschwulstartige Knoten am Leib und Stoffwechselstörungen. **Der Richter lehnte es jedoch ab, ihn von einem Arzt seines Vertrauens untersuchen zu lassen, obwohl der Anstaltsarzt Genossen Klaus sagte, Leute wie ihn habe er im Krieg abgeknallt.** Daß solche Äußerungen ernst zu nehmen sind, hat das Verhalten der Anstaltsärzte gegenüber Astrid Proll, Monika Berberich und Katharina Hammerschmidt gezeigt. Als Genosse Klaus dann noch einmal auf die Protestaktionen der Angehörigen der politischen Gefangenen vor dem Düsseldorfer Justizgebäude gegen die Isolationsfolter an Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhoff einging, brachen die Gefängnisbeamten das Gespräch ab.

Das zeigt, was davon zu halten ist, wenn die Vertreter der bürgerlichen Klassenjustiz bei allen Protesten gegen die Isolierfolter zynisch auf die Besuchsrechte der Angehörigen verweisen. In dem Moment, wo sie Angehörigen sich aktiv mit ihren politisch verfolgten Söhnen, Töchtern, Frauen und Männern solidarisieren und den Kampf gegen die Isolierfolter aufnehmen, wird versucht, den politischen Gefangenen auch diese letzte Kontaktmöglichkeit zu rauben, werden nach dem Vorbild der faschistischen Sippenhaft auch die Angehörigen schikaniert und unter Druck gesetzt. Diese neuerlichen Angriffe auf die Angehörigen der politischen Gefangenen, die Angriffe auf die fortschrittlichen Rechtsanwälte, die Tatsache, daß allein der Gebrauch des Wortes "Isolierhaft" schon verboten ist, zeigt, daß die Mordversuche an Katharina Hammerschmidt und anderen Genossen keine "Übergriffe" einzelner Gefängnisbeamten sind, wie die Bourgeoisie es darzustellen versucht, sondern daß hier systematisch die physische und psychische Vernichtung der Revolutionäre geplant wird.

Diese Maßnahmen zeigen aber auch, daß es für die weitere Durchführung des Terrors gegen die politischen Gefangenen nur eines, aber ein entscheidendes Hindernis für die Bourgeoisie gibt: Die breite und entschlossene Solidarität mit den politischen Gefangenen. Diese Solidarität darf sich nicht durch einzelne "Verbesserungen" der Lage der politischen Gefangenen irritieren lassen. Das Ziel heißt: Weg mit der Isolationsfolter! Heraus mit den politischen Gefangenen!

(Nach einer Pressemitteilung der Anwälte Haag, Laubscher, Becker, Becker, Groenewald, Degenhardt, Croissant und Lang).

ANSCHLAG AUF HAMBURGER PARTEIBÜRO

Am 17.4. 74 durchsuchte die Hamburger Polizei die Wohnung des Genossen Platzmann und das Parteibüro der KPD/ML in Hamburg. 180 Flugblätter "Kampf der politischen Unterdrückung", für die Genosse Platzmann presserechtlich verantwortlich zeichnete, wurden beschlagnahmt, außerdem die dazugehörigen Matrizen.

Das beschlagnahmte Flugblatt war die Antwort der Roten Garde auf einen faschistischen Polizeiüberfall am Wirtschaftsgymnasium Schlankreye. Dort hatte die Schulleitung den kommunistischen Schüler Thomas gefeuert, weil er zusammen mit anderen Schülern in einer Wandzeitung gegen Schikanen und Denunziationen der Schulleitung protestiert hatte. Als Thomas am 8.4. trotzdem zur Schule kam, holten ihn zwei Polizisten aus der Klasse. Genossen und Schülern jedoch, die auf einen solchen Überfall vorbereitet waren, gelang es, Thomas zu befreien. Daraufhin holte die Polizei Verstärkung, prügelten auf die Schüler ein und schleppten Thomas mit. Eine Genossin, die ebenfalls festgenommen worden war, wurde auf der Wache gefoltert: weil sie sich weigerte, sich erkennungsdienstlich behandeln zu lassen, drohten ihr die Polizisten, ihr die Fingernägel auszureißen und die Knochen zu brechen. Mit einer Knebelkette wurde sie schließlich zum Stillhalten gezwungen. Ihre Hände liefen davon blau an und die Handgelenke waren stark geschwollen.

Weil die Rote Garde diese Tatsachen in ihrem Flugblatt schilderte, deshalb wird Genosse Platzmann eine Anzeige wegen "Beleidigung" erhalten, deshalb dürfen diese Flugblätter nicht weiter verteilt werden. Aber die Bourgeoisie fürchtet nicht nur die Aufdeckung ihrer Verbrechen, sie will verhindern, daß die Schüler mit der Roten Garde und der KPD/ML für die sozialistische Revolution kämpfen. "Doch um den Sozialismus zu errichten, muß der kapitalistische Staatsapparat zerschlagen werden..." Diesen Satz vor allem sollen die Hamburger Werktätigen nicht mehr lesen dürfen.

Gleichzeitig versucht die Bourgeoisie das Parteibüro der KPD/ML in Hamburg zu treffen, das vor allem seit der Propaganda der Partei zu den Bürgerschaftswahlen, für zunehmend mehr Arbeiter und Jugendliche zu einer Kontaktmöglichkeit mit der KPD/ML wird.

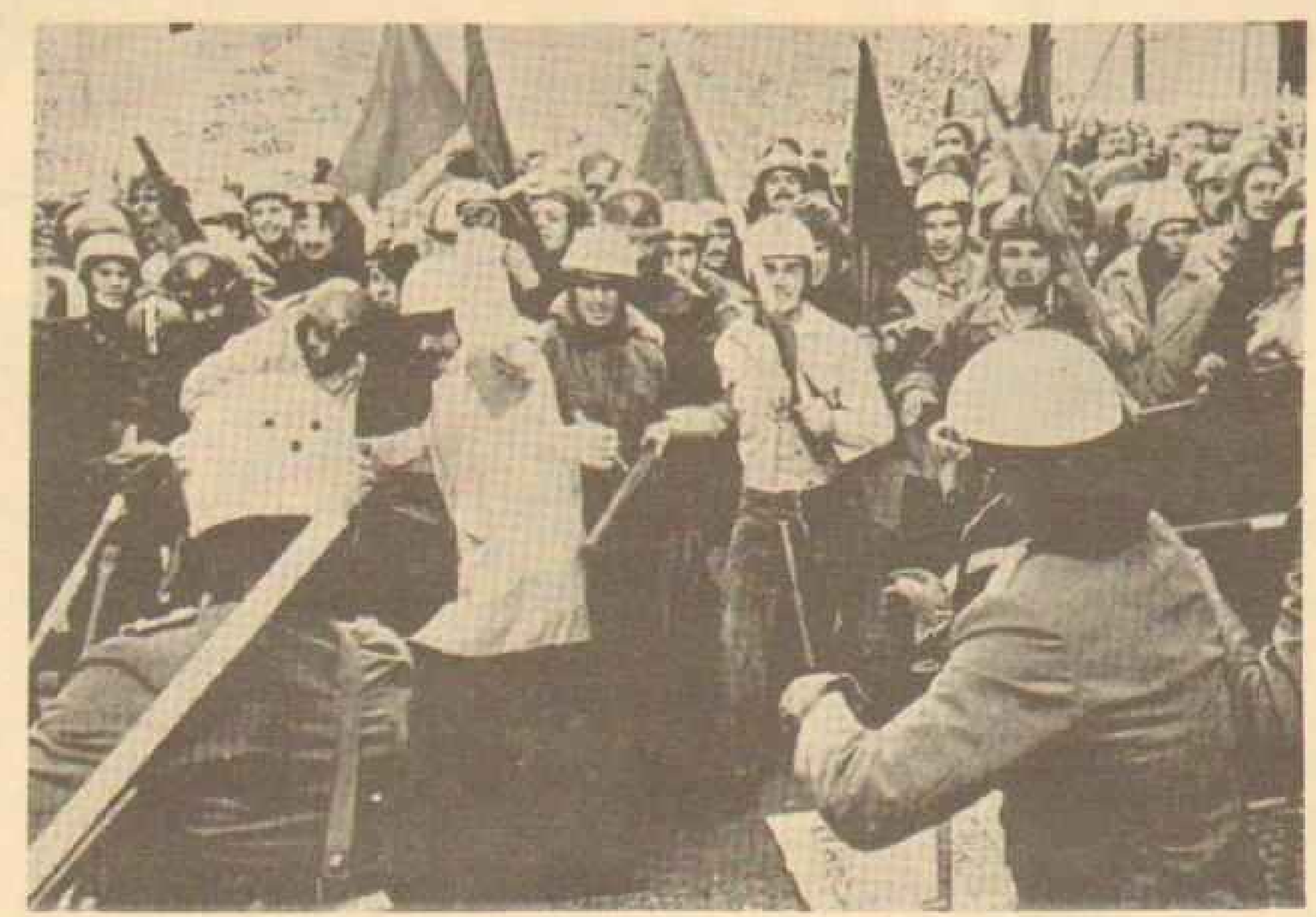
Aber der Terror der Bourgeoisie wird die Verbreitung der revolutionären Linie der Partei und ihre weitere Verbindung mit den Massen nicht verhindern können. Das zeigte sich auch an den Hamburger Schulen. Mehrere Tage lang wurden nach dem Polizeiüberfall am Gymnasium Schlankreye Kundgebungen mit Megaphon auf dem Schulhof abgehalten. Die Schulleitung wußte sich nicht anders zu helfen, als gegen drei weitere Schüler Disziplinarmaßnahmen einzuleiten. Am Gymnasium Langenhorn soll sich ein Schüler von seiner Solidaritätserklärung distanzieren. Das wird er allerdings nicht tun. Seine Antwort wird ein offener Brief an die Schulleitung sein, in dem diese "Aufforderung" als politische Unterdrückung entlarvt wird.

Freispruch für Genossen Klaus!

Weil er am Roten Antikriegstag 1972 gegen den imperialistischen Krieg demonstriert hatte, steht in München erneut Genosse Klaus Kercher vor Gericht. Er, dem Polizisten während der Demonstration einen Arm auskugelten und der nach seiner Verhaftung stundenlang auf ärztliche Hilfe warten mußte, soll wegen "illegalem Waffenbesitz, Körperverletzung, Landfriedensbruch" verurteilt werden.

Schon einmal war die Verhandlung gegen Genossen Klaus eröffnet worden: Im Febraur dieses Jahres versuchte die Klassenjusitz vergeblich mit Massenverhaftungen unter den Zuschauern im Gerichtssaal, mit Knüppeleinsätzen, Ausschluß der Öffentlichkeit und frecher Behinderung der Verteidigung, den Kampf um die Freiheit von Genossen Klaus niederzuschlagen. Wegen Befangenheit des Richters wurde damals der Prozeß vertagt (der ROTE MORGEN berichtete).

Was die Bourgeoisie unter einem "unbefangenen Richter" versteht, zeigte sich: Neuer Gerichtsvorsitzender ist der gleiche Richter, der 1972 den Haftbefehl gegen Genossen Klaus ausstellte. Nachdem der Terror der Klassenjustiz bei der ersten Verhandlung im Februar eine klare Niederlage erlitten hatte, versuchte das Gericht diesesmal, mit übler Verschleppungstaktik, den Kampf im Gerichtssaal einzuschläfern und abzuwiegeln: Von den 6 Stunden Verhandlungsdauer am 25.4. waren mehr als 4 Stunden Pause!



6 000 demonstrierten am Roten Antikriegstag gegen den imperialistischen Krieg.

Ein neuer Prozeßtermin wurde für den 3. Mai festgesetzt — obwohl Rechtsanwalt Lang an diesem Tag aus Termingründen nicht verteidigen kann — ein Versuch, Genossen Klaus ohne juristischen Beistand aufs Kreuz zu legen, eine neue, klare Behinderung seiner Verteidigung.

Aufführung eines antikommunistischen Schmierenstücks verhindert!

Ulrike Meinhoff und Gudrun Ensslin, die im Kölner Frauengefängnis durch unmenschliche Isolation krank gefoltert werden, feiern Sexparties; die Ermordung des Schotten Mac Loid durch deutsche Polizisten als Pornoreklame mit nackten Schauspielern, die Bürgerkriegsmanöver der Bourgeoisie bei der Verfolgung der RAF-Genossen als Hippie-Stück — mit solchen Unverschämtheiten versucht das Schauspielhaus Bochum zur Zeit, die Faschisierung des Bonner Staates zu verniedlichen, Revolutionäre als "Spinner" zu diffamieren' Doch die Presseuraufführung dieses Hetzstückes fand nicht statt — dafür sorgte die Ortsgruppe Bochum der KPD/ML und andere revolutionäre und fortschrittliche Menschen.

Punkt acht, als sich der Vorhang heben sollte, erhoben sich die Genossen von den Plätzen und entlarvten in einer kurzen Ansprache die widerliche Demagogie dieses Stückes. Sie zeigten die Verbrechen der Bourgeoisie an den politischen Gefangenen, die brutale politische Unterdrückung in der DBR auf. Die Bühne wurde besetzt, jeder Versuch, mit der Aufführung anzufangen, verhindert. Intendant Zadeck, der sich als "fortschrittlicher Regisseur" aufspielt und mit Aufführungen solcher reaktionärer Stücke in Bochumer Betrieben die Werktätigen mit bürgerlicher Ideologie vergiftet, wagte nicht, die Polizei zu rufen. Bis 22 Uhr diskutierten die Genossen mit den Zuschauern. Nicht wenige sympathisierten mit unseren Argumenten, waren entsetzt von der Folterung Gefangener in deutschen Gefängnissen. In der WAZ erschien einige Tage später ein Leserbrief, in dem eine Zuschauerin, die dieses üble Hetzstück gesehen hatte, sich mit der Sprengung der Aufführung solidarisierte.

Berichtigung:

1. Im Roten Morgen Nr. 17 schrieben wir irrtümlich, daß das Grundgesetz am 8. Mai verabschiedet worden ist. Das korrekte Datum ist der 23.5. 1949.
2. Ebenfalls im Roten Morgen Nr. 17 berichteten wir über den letzten Kongreß der Roten Hilfe. Auf diesem Rote Hilfe-Kongreß wurde ein Beschluß über den zentralen Aufbau der Roten Hilfe gefaßt. Wenn wir in diesem Artikel vom "nationalen Aufbau" geschrieben haben, so ist das selbstverständlich falsch, da wie der Rote Hilfe-Kongreß auch festgestellt hat, die Rote-Hilfe-Organisationen in Westdeutschland und Westberlin natürlich auch nur den zentralen Aufbau der Roten Hilfe in der Deutschen Bundesrepublik und Westberlin beschließen können und nicht für die ganze Nation.

Spenden für den roten 1. Mai

Zur finanziellen Unterstützung des Roten 1. Mai 1974 gingen seit dem 22.4. folgende Spenden auf das Konto des Roten Morgen ein:

Genossen aus Augsburg, 22.4.74, 100,- DM; Polterabend in Kiel, 22. 4., 135,- DM; K.K. Kiel, 24.4., 70,- DM; D.E. Dortmund, 24.4., 25,- DM; RG Kiel, 24.4., 127,24 DM; S.G. Münster, 24.4., 50,- DM; Kunden der Buchhandlung Roter morgen, Westberlin, 24.4., 138,- DM; M.F. Drotmund, 25.4., 50,- DM; Kunden des Thälmann-Buchladen Kiel, 24.4., 43,- DM; RG-Veranstaltung Eckernförde, 26.4., 41.52 DM; D.M. Kiel, 26.4., 50,- DM.

Das sind insgesamt: 829, 76 DM.

Liebe Genossen,
Als Mitglied des Ortsausschusses der IG Druck u. Papier erhalte ich für eine Sitzung 7 DM Spesen. Ebenso erhielt ich für die Teilnahme an einem Bezirkstag 20 DM Spesen. Ich meine, daß dieses Geld am besten angelegt ist, wenn ich es auf das 1. Mai-Konto der KPD/ML überweise, was gleichzeitig mit diesem Brief geschieht.
Es lebe der Rote 1. Mai 1974!
Ein Genosse.

Spenden für politisch Verfolgte an:
Konto Karin Sandmann
Dresdner Bank
Zweigstelle 46 Dortmund, Borsigplatz, Kto Nr. 81 355 107.

Korrespondenz

Jeden Montag zur Polizei...

Seit dem 3.9.72, als ich bei der RAK-Demo festgenommen wurde, besteht gegen mich ein Haftbefehl, der am 15.9.72 außer Vollzug gesetzt wurde, mit der Auflage, daß ich mich jeden Montag bei den Bullen melden muß.

Schon bei der Ausstellung des Haftbefehls hatte der Richter seine Begründung an den Haaren herbeigezogen: Es bestehe wegen verhältnismäßig geringer sozialer Bindungen Fluchtgefahr. Diese freche Lüge ließ sich beim Haftprüfungstermin nicht mehr aufrecht erhalten, und ich mußte nach 13 Tagen freigelassen werden.

Weil ich den zuerst festgesetzten Prozeßtermin am 27.2.73 wegen Krankheit nicht einhalten konnte, beantragte der Staatsanwalt, den Haftbefehl wieder in Vollzug zu setzen. Auch diesmal war das Gericht gezwungen, den Antrag abzulehnen.

Bei der Urteilsverkündung am 17.4.73 mußte der Richter wiederum zugeben, daß Fluchtgefahr nicht vorliegt und den Antrag des Staatsanwalts erneut ablehnen. Dennoch blieb der Haftbefehl aufrechterhalten.

Diese Tatsachen zeigen: Die Aufrechterhaltung des Haftbefehls ist eine Willkürmaßnahme, durch die die Gerichtsbüttel hoffen, einen Revolutionär einzuschüchtern und zubinden.

Diese Hoffnung ist natürlich vollkommen absurd und zeigt nur die Dummheit der Bourgeoisie. Weder wird es ihr gelingen, durch Gefängnisstrafen gegen Einzelne die Revolution aufzuhalten noch läßt sich ein Revolutionär durch Meldepflicht in seiner Arbeit behindern.

Weg mit der Meldepflicht bei politisch Verfolgten!

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Vorwärts im Kampf für ein vereinigtes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

Vorwärts mit der KPD/ML

17000 Bauern protestieren in Dortmund:

Die armen Bauern an die Seite der Arbeiterklasse!

"Für die Ferkel hab ich 90 Mark das Stück bezahlt. Getreidekosten sind dazugekommen, 150 Mark pro Sau, und dann noch dies und das. Jetzt, wo ich die Säue verkaufen kann, kriege ich 1,15 pro Pfund, nachdem die Preise so gesunken sind. Das macht pro Sau ungefähr 250 Mark. Da kann man keinen Hof mehr halten. Die vier Kinder sind auch schon runter. Die kleinen Bauern werden systematisch kaputtgemacht." Das sind die Worte eines armen Bauern aus Paderborn, den ich während der Bauernkundgebung in Dortmund auf der Tribüne der Westfalenhalle traf.

Die armen und mittleren Bauern sind bereit, gegen die Ausplünderung durch Lebensmittelkonzerne und Großgrundbesitzer zu kämpfen. Das bewiesen erst vor zwei Wochen die italienischen Bauern. 6 000 arme Bauern blockierten stundenlang die Brennergrenze, demolierten Lastwagen deutscher Lebensmittelkonzerne, warfen Obst und Gemüse auf die Straße, um gegen die EWG-Politik des Bauernlegens zu protestieren. Bei militanten Auseinandersetzungen mit der Polizei gab es mehrere Verletzte.

Die Sympathie der armen und mittleren Bauern in Westdeutschland gehört dem Kampf der italienischen Berufskollegen. Das zeigte sich auch in der Westfalenhalle: Minutenlanger, tobender Beifall, als Heeremann, Präsident des deutschen Bauernverbandes, jammerte: "Wenn nicht bald etwas geschieht, dann kann ich nicht dafür garantieren, daß die deutschen Bauern ähnliche Maßnahmen ergreifen". Pfiffe gegen anwesende Bundes- und Landtagsabgeordnete.

Daß der Bauernverband im Auftrag der Bourgeoisie den Kampf der Bauern abwiegelt, eine üble Spalterpolitik betreibt, bewies er auf der Kundgebung in Dortmund am 23.4. 17 000 Bauern aus der ganzen Bundesrepublik waren angereist, um für ihre Forderungen einzutreten, in der überfüllten Westfalenhalle war kaum ein Stehplatz aufzutreiben. Schon daß diese Bauernmassen nicht zu einer machtvollen Demonstration auf die Straße geführt wurden, daß sie nur das Geschwätz des Verbandsbonzen beklatschen sollten, war offene Sabotage am Kampf der Bauern, Mit übelster Demagogie versuchte Heeremann, Vorsitzender des Verbandes, die armen Bauern in "Unternehmer' umzulügen, sie an den kapitalistischen Staat und die imperialistische Europapolitik der Bourgeoisie zu fesseln, sie gegen "die rote Flut' aufzuhetzen. "Jetzt ist Bonn am Zuge" behaupteten die Spruchbänder des Verbandes – um die



Diese wachsende Kampfbereitschaft der Bauern fürchtet die Bourgeoisie. Denn die armen und mittleren Bauern gehören zu den ausgebeuteten und unterdrückten Volksschichten. Wenn es gelingt, die Bauern als Verbündete der Arbeiterklasse zu gewinnen, dann bilden Arbeiter und Bauern eine unüberwindliche Kraft für die sozialistische Revolution.

Hoffnungen der Bauern auf das gleiche Bonn zu lenken, das sie seit Jahren ruiniert und von ihren Höfen treibt. "Ich kann nicht verstehen, warum die Regierung die Forderungen der Bauern nicht ernstnimmt" – und Heeremann versprach, er werde noch einmal schön bitten.

Zweifellos: Unter den armen und mittleren Bauern in der DBR ist die kleinbürgerliche Ideologie vom "unabhängigen, selbständigen Bauern" noch weit verbreitet. Viele von ihnen schauen noch mehr in die Vergangenheit als in die Zukunft. Die Faschisten versuchen hier anzuknüpfen, den Kampf der Bauern vor ihren eigenen, volksfeindlichen Karren zu spannen. In ihren Dortmunder Flugblättern schwafelten sie vom "Europa ohne Käse-, Butter- und Eierhändler" – vom Kapitalismus ohne Konzerne und Monopole. "Die Kommunisten nehmen Euch den Hof weg" – mit solchen Hetzparolen verwirrten sie auch in Dortmund noch viele Bauern.

Doch immer mehr arme und mittlere Bauern erkennen: Weder die bürgerlichen Parteien noch der Bauernverband vertritt ihre Interessen. "Die tun doch nichts für uns, die reden und reden, und wir sollen zuschauen", sagten die Bauern aus Paderborn, die um mich herumsaßen. Daß die Unzufriedenheit der Bauern immer größer wird, der Verband Mühe hat, sie mit demagogischen Lügen von größeren Kämpfen abzuhalten, gab Heeremann unverfroren zu: Noch am Morgen der Kundgebung habe er Erklärungen von Bauern erhalten, die aus dem Verband austreten wollten, weil dieser ihren Kampf nicht unterstütze. Die Bauern an dieses Verräterpack zu fesseln – dazu sind die Modernen Revisionisten angetreten: Die D'K'P überreichte Heeremann eine Erklärung, in der sie sich mit den Kapitalistenknechten des Verbandes solidarisierte.

Die Bauernmassen an der Seite der Arbeiterklasse zu organisieren, sie für die Sache der Revolution zu gewinnen – das ist die Aufgabe der Kommunistischen Partei. 70 ROTE MORGEN wurden vor einem einzigen Tor der Westfalenhalle verkauft – ein Zeichen, daß die meisten armen und mittleren Bauern der Sache des Kommunismus nicht feindlich gegenüberstehen. Daß der Bauernverband diese Kundgebung einberufen mußte, ist ein Ausdruck seiner Schwäche: Mit demagogischem Säbelrasseln versuchen die Heeremann und Co., sich an die Spitze der wachsenden Kämpfe zu setzen, um die abzuwürgen. Aber immer mehr Bauern durchschauen diese Manöver.

ARBEITER UND BAUERN EINE KAMPFFRONT!

Keine Freilassung von Rudolf Heß!
TOD DEM FASCHISMUS!

"Freiheit für Rudolf Heß, den Friedenskämpfer!" – Mit dieser Parole provozierten am 27.4. auf dem Bochumer Husemannplatz Faschisten die Bochumer Bevölkerung. Genossen unserer Partei und andere Antifaschisten, die an einer Kundgebung der Organisation Griechischer Marxisten-Leninisten anläßlich des 7. Jahrestages der faschistischen Machtergreifung in Griechenland teilgenommen hatten, gingen mit der Parole "Antifaschisten die Faust geballt, gegen die braune Pest hilft nur Gewalt!" gegen den Stand vor.

Die von den Faschisten gerufene Polizei griff die Antifaschisten an. Zwei Genossinnen wurden festgenommen. Die Polizei stellte Anzeige wegen Körperverletzung und Diebstahls (eine Unterschriftenliste für die Freilassung des Kriegsverbrechers soll "gestohlen" worden sein).

Mit ihrem Einsatz für die Faschisten, die den Kriegsverbrecher Heß verherrlichen (Bochumer Genossen haben deswegen Anzeige erstattet) befinden sich die Polizisten in bester Gesellschaft. Die Freilassung von Rudolf Heß aus dem Spandauer Militärgefängnis fordert nicht nur die NPD, das ist auch die Forderung aller Bonner Parteien. Für diese Forderung hat sich auch Bundespräsident Heinemann aus "humanitären Gründen" in einem Schreiben an die englische Königin eingesetzt: Mit anderen Worten: "Freiheit für Rudolf Heß" propagieren die Kapitalisten.

"Humanitäre Gründe'? – Seitenlang jammert die bürgerliche Presse über die Haftbedingungen in Spandau, Als Heß Stellvertreter des "Führers" war, war Spandau Durchgangsstation für die KZs. Wenn Heß den "Haftbedingungen" der KZs unterworfen wäre, könnte er jetzt mit Sicherheit nicht seinen 80. Geburtstag feiern.

"Humanitäre Gründe'? – Durch primitive Gefühlsduselei soll beim Volk Mitleid mit dem Kriegsverbrecher Heß, dem 2. Mann des Hitlerstaates, geweckt werden. So will die Bourgeoisie den unversöhnlichen Haß der Arbeiterklasse, des gesamten werktätigen Volkes auf den Faschismus zersetzen. Mit der Freilassung von Heß will die Bourgeoisie erreichen, daß das deutsche Volk auch die Verbrechen der Krupp und Thyssen, die Verbrechen der Kapitalistenklasse, die die blutige Hitlerdiktatur über die Arbeiterklasse und alle Werktätigen errichtet haben, um ihre Herrschaft vor dem Ansturm der proletarischen Revolution zu retten, vergißt.

Darum wird Heß nicht in aller Stille freigelassen. Darum veranstaltet die Bourgeoisie diesen Riesenwirbel. Angesichts des Anwachsens der revolutionären Arbeiterbewegung betreibt die Kapitalistenklasse erneut die Faschisierung ihres Staatsapparates. Mit der "Heßkampagne" soll getestet werden, wie lebendig der Haß des Volkes auf den Faschismus, der unter anderem auch die Bestrafung der Naziverbrecher erzwang, ist.

KEINE FREILASSUNG VON HESS!

TOD DEM FASCHISMUS!

DGB-Bonzen veranstalten Rummel für Sozialwahlen -

Unsere Antwort: AKTIVER WAHLBOYKOTT!

Mit Plakaten und ganzseitigen Zeitungsanzeigen für zigtausende Mark von Mitgliedsbeiträgen führt der DGB eine Werbekampagne für die gegenwärtigen Sozialwahlen durch: DGB-Bonzen sollen gewählt werden.

Durch die Sozialwahlen wählen die Mitglieder einer Orts- oder Betriebskrankenkasse 50% der Teilnehmer der Vertreterversammlung. Die Kandidaten werden von verschiedenen Organisationen aufgestellt. Die anderen 50% werden von den Versicherungsanstalten bestimmt. Von der Versammlung wird dann der Vorstand gewählt, der die Gelder verwaltet. Dabei sollen laut DGB die Arbeiter und Angestellten durch die Wahl von DGB-Bonzen "mitbestimmen" und "überwachen".

In Wirklichkeit wollen die DGB-Führer mitbestimmen bei unserer Ausbeutung. Wollen sie unsere Beiträge so verwalten helfen, wie es den Kapitalisten gefällt. Denn die Krankenkassen sind nichts anderes als ein Verwaltungsapparat der Kapitalisten, um auf dem Gebiet des Gesundheitswesens die Profite zu verteilen.

Die Krankenkassen kassierten 1969 ca. 24 Mrd. DM von den Versicherten. Auf diese Summe stürzen sich wie die Hyänen Medikamentenhersteller, Ärzteverbände, Krankenhausbaumonopole, Ausrüstungsfirmen wie Siemens und andere. Per Gesetz sind die Kassen verpflichtet, die Mitgliedsbeiträge so zu verwalten, wie es den Kapitalisten paßt: Wenn die Medikamentenmonopole für das Beruhigungsmittel Valium hundertmal soviel kassieren, wie sie für die Herstellung ausgeben, muß das gezahlt werden. Und wenn ein Krankenhausplatz im Neubau hunderttausende kostet, weil Bau- und Ausrüstungskonzerne Riesenprofite einstreichen – muß ebenfalls gezahlt werden. Auch die kassenärztliche Vereinigung versucht, sich einen möglichst großen Brocken zu ergattern.

Die gewählten Vertreter in den Vollversammlungen oder im Vorstand dürfen lediglich die Erhöhung der Versicherungsbeiträge "mitbestimmen".

Der Wahlaufruf der Gewerkschaftsführung ist wie das ganze Mitbestimmungsgerede Heuchelei und soll den Kollegen vormachen, sie könnten durch Reformen und durch ihre "Mitarbeit" die Lage im Gesundheitswesen im Kapitalismus für die Werktätigen verbessern. Darauf gibt es nur eine richtige Antwort: Wahlboykott! Wir wählen dem Kapital keine Ausschüsse, die ihnen den Profit zuzuschanzen haben. Ein Gesundheitswesen im Dienste des Volkes wird es niemals geben können, solange der Kapitalismus existiert. Erst wenn die Arbeiterklasse im Staat die Macht ergriffen hat, wird auch das Gesundheitswesen in den Dienst des Volkes gestellt werden können.

In einer Gewerkschaftsversammlung in Kiel, an der ungefähr 50 Kollegen aus den Krankenhäusern teilnahmen, zeigte sich völlig klar der volksfeindliche Charakter der Gewerkschaftsführer und der Herren von der D'K'P.

Von Genossen wurde der revolutionäre Standpunkt zu den Sozialwahlen klar dargelegt, eine kurze Analyse des Gesundheitswesens gegeben und anhand der konkreten Analyse bewiesen, daß der Weg der Reformen Betrug ist und nur der Weg der Revolution einen Ausweg bietet.

"Seht doch, wir haben es geschafft, bei der Erhöhung der Krankenhausbettenpauschale auf 160 DM pro Tag einen **Aufschub** zu erreichen", priesen dagegen die Gewerkschaftsführer ihren Reformismus. Damit ernteten sie bei den Kollegen nur Verachtung. Als dann von Genossen der revolutionäre Ausweg gezeigt wurde, sprangen sie im Sechseck: "Ihr ruft ja zum Morden auf. Es ist gerade heutzutage gefährlich, in einer Arbeitnehmerveranstaltung von Revolution zu reden!" Gelächter der Kollegen war die Antwort.

Die Revisionisten von der D'K'P riefen auch zur Teilnahme an den Wahlen auf. Gegen den revolutionären Ausweg trauten sie sich diesmal nichts offen zu sagen. Aber hintenherum taten sie es um so widerlicher: Eine Genossin hörte, wie Revisionist Kollenda nach der Sitzung die Gewerkschaftssekretäre kritisierte und ihnen vorwarf, sie seien zu ungeschickt vorgegangen, dadurch hätte die KPD/ML die Leute auf ihrer Seite gehabt.

Parteibüros:

BIELEFELD:
Buchladen "Roter Morgen", Schloßhofstr. 1. Öffnungszeiten: Do und Fr: 15.00 – 18.30 Uhr; Sa: 9.00 – 14.00 Uhr.

BREMEN:
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Sa 9.00 – 13.00 Uhr.

HAMBURG:
Stresemannstr. 110. Tel 040/43 99 137.

HANNOVER:
Elisenstr. 20.

KIEL:
Reeperbahn 13, Tel. 0431/74762. Öffnungszeiten: Mo – Fr. 15.00 – 18.30 Uhr, Sa 9.00 – 13.00 Uhr.

LÜBECK:
Buchladen "Roter Morgen", Marlesgrube 58. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.00 – 18.00 Uhr. Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

MANNHEIM:
Lortzingstr. 5. Öffnungszeiten: Di: 16.00 – 18.30 Uhr; Do: 16.00 – 18.30 Uhr; Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

MÜNCHEN:
Buchladen "Roter Morgen", 8 München 2, Thalkirchnerstr. 19. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr; Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

WESTBERLIN:
Buchladen "Roter Morgen", 1 Berlin 65 (Wedding), Schererstr. 10. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr; Sa: 10.00 – 14.00 Uhr.